

# Der Freisinn FDP

Nr. 4  
April 1982  
4. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Kumulierte Folgen sozialstaatlicher Exzesse

## Wachstum und Wohlfahrt

Der Begriff des wirtschaftlichen «Null-Wachstums» stammt aus der Zeit der Ueberkonjunktur, welcher der erste Erdölchock von Ende 1973 in den beiden darauffolgenden Jahren ein ziemlich abruptes Ende setzte. Unter dem Eindruck zivilisatorischer Schäden der wirtschaftlichen Ueberhitzung suchte man damals nach neuartigen Wertvorstellungen.

(1.) Die im materiellen Sinn haltlos gewordene Anspruchsgesellschaft sollte sich auf immaterielle Güter besinnen, sollte sich beaufortlaufende ökonomische Expansion ökologischen Geboten gehorchen. Nun hat man seit der Mitte des letzten Jahrzehnts tatsächlich stark rückläufige Wachstumsraten, zeitweise auch völlige Stagnation der Sozialprodukte erlebt. Der Preis dafür war aber in fast allen Industrieländern in Form hartnäckiger hoher Arbeitslosigkeit zu erlegen. Das Wort Nullwachstum ist dadurch zwar etwas aus der Mode gekommen. Dennoch ist mehr Lebensqualität unter Zurückdrängung materieller Begehrlichkeiten nach wie vor gefragt. Ist diesem Postulat ohne gesellschaftliche Konflikte Genüge zu tun?

### Die soziale Verantwortung

Die Antwort ist alles andere als leicht. Die Erwerbsbevölkerungen scheinen mindestens kurzfristig infolge gedrückter Beschäftigung weiter zu schrumpfen; im längerfristigen Trend vermindert sich ihr Anteil an den Gesamtbevölkerungen wegen sich verändernder Altersstrukturen bei wachsender Zahl von Rentenbezügern. Dazu kommen Tendenzen zur Reduk-

tion der Pensionsaltersgrenzen (Frankreich) und zu verlängerten Ausbildungszeiten für Jugendliche.

Ein allmählich sakrosankt werdendes Prinzip der Sozialpolitik, insbesondere der Sozialversicherung, lautet aber, der materielle Wohlstand müsse bei vollständigem, partiellem oder temporärem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (durch Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit usw.) möglichst ungeschmälert bleiben. Das ist ein ethischer Grundsatz, der rational weder als richtig noch als falsch bewertet werden kann. Er erfordert politische Entscheidungen. Nur bedürfen diese sachlicher Klarheit. Dazu gehört die Erkenntnis, dass jedes Sozialprodukt zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen irgendwie verteilt werden muss. Offenkundig verändern sich dabei Geben und Nehmen zulasten der sozialpolitisch verantwortlichen ersten Gruppe, wenn die zweite anteilmässig zunimmt. Besitzstandswahrung für beide scheint nicht ohne wirtschaftliches Wachstum realisierbar.

### Anspruchsdeflation als Preis?

Dass beim Fehlen solchen Wachstums wirtschaftliche Störungen

aufzutreten, hat man in den letzten Jahren in manchen Ländern beobachten können. Konjunkturell bessere Zeiten hatten zu wohlfahrtsstaatlichen Exzessen geführt. Von diesen gingen bei abgeschwächter wirtschaftlicher Expansion kumulative Wirkungen aus, sei es in Form steigender Steuern und Sozialversicherungsprämien, sei es in Gestalt zunehmender Defizite der öffentlichen Finanzen oder in beiden Hinsichten. Vielerorts erhöhte sich vorerst die staatliche Verschuldung im Inland auf Kosten produktiver Kapitalmarktsegmente, danach die Beanspruchung von Auslandskrediten unter Inkaufnahme wachsender Zahlungsbilanzlasten. Die Wirtschaftspolitiken waren daher mehr und mehr auf restriktiven Kurs umzustellen mit der Folge zusätzlicher Beschäftigungsschwierigkeiten und sinkender Realeinkommen.

### Sozialpolitisches Umdenken postuliert

Derweise zeigen sich heute die Konsequenzen eines von allzu «fortschrittlichen» politischen Kräften in Gang gesetzten Lebens über die Verhältnisse. Es erstaunt nicht, dass in einer kürzlichen Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nichts weniger als ein strukturelles sozialpolitisches Umdenken postuliert wird. Denn es sind in der Tat sozialstaatliche Uebertreibungen, die eine Rückkehr zu ausreichendem wirtschaftlichem Wachstum hemmen. Der Kreis schliesst sich auch hier beim Nachweis der Problematik eines Wachstumsverzichts. Die Alternative läge in einer Anspruchsdeflation, damit aber in einem Preis, der bei aller ethischen Rechtfertigung offenbar nicht ohne Beschäftigungskrisen aufzubringen ist.

Bericht «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» vorgestellt

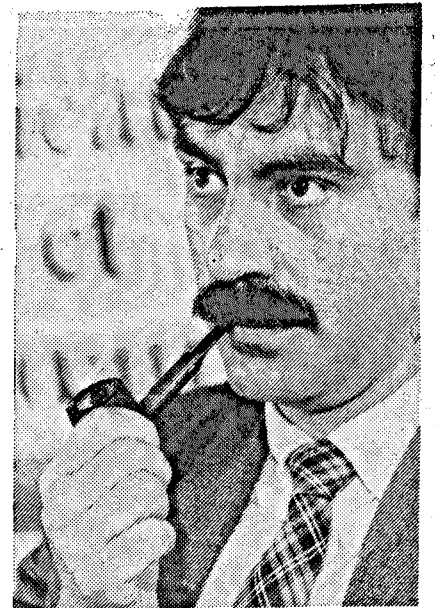
## Der Freisinn nimmt sich beim Wort

Mit dem Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» ist die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) 1979 in die eidgenössischen Wahlen gezogen. Eine Arbeitsgruppe der Partei zeigt nun, wie diesem Wahl- und Wahrspruch in der Tagespolitik nachgelebt werden soll. Kampf der überbordenden Gesetzesmaschinerie und dem Bürokratismus, Mut zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben: So lauten zentrale Punkte des Berichts. Nachstehend ein Auszug aus den Ausführungen an der Pressekonferenz des die Arbeitsgruppe präsidiierenden Zürcher Kantonsrates Dr. Eric Honegger (Rüschlikon):

Die Freisinnig-Demokraten haben mit dem Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» gute Wahlergebnisse erzielt. Mehr als das: Nach mehr als der Hälfte der Legislaturperiode wird inner- und ausserhalb der Partei fast jeder politische Entscheidung der FDP in Beziehung zum Wahlmotto gesetzt und an ihm gemessen. Besonders auffallend ist, dass kaum eine Auseinandersetzung auf der politischen Bühne vergeht, ohne dass die Gegner der FDP ihr die Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» vorhalten. Gibt es einen besseren Beweis für die Durchschlagskraft eines Slogans als dessen dauernde Zitierung in der Öffentlichkeit?

### Erfolg verpflichtet

Der Erfolg des Slogans verpflichtet aber auch. Partei und Fraktion müssen ihn immer als Richtschnur für ihr Handeln beiziehen. Das Wahlversprechen einhalten heisst deshalb auch, das Motto operationabel zu gestalten. Denn die Aussage «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» allein lässt selten konkrete Schlüsse zur Lösung eines bestimmten Problems zu. Dazu braucht es die Konkretisierung des Slogans, wie sie der vorliegende Bericht vorzunehmen versucht. Ich meine, dass sich unsere Partei diesen Bericht wie einen



Spiegel immer wieder vorhalten muss. Sie wird dann ohne Zweifel erkennen, dass ihr Bemühen nach «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» oft überlagert wird vom Bestreben, Gruppeninteressen zu vertreten oder den Kompromiss zu suchen; einen Kompromiss, der zwar vielfach bewährte helvetische Züge aufweist, aber auch mehr oder weniger stark vom grundsätzlichen Bekenntnis der Partei, wie er

Fortsetzung auf Seite 5



Den Nutzen des Impulsprogrammes insbesondere für die Neuenburger Volkswirtschaft erläuterte der Direktor des Bundesamtes für Konjunkturforschung, Dr. Waldemar Jucker, an einer Tagung des FDP-Presserverbandes, worüber auf Seite 8 orientiert wird. Unser Bild zeigt ihn zusammen mit seinem Chef, Bundespräsident Dr. Fritz Honegger. (Foto rutli)

### 30. April/1. Mai

An diesen beiden Tagen findet die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Liestal statt. Zu den Aussprachen, in deren Mittelpunkt die Beratung der «Grundsätze des modernen Liberalismus», gestützt auf die «Rigi-Thesen», steht, sind neben den Delegierten alle Parteimitglieder mit beratender Stimme eingeladen. Das Programm finden Sie auf Seite 10!

**Sparen?  
Dann zur  
SKA.**

  
SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA



### Nun breite Diskussion führen

#### Zur Veröffentlichung der Uno-Botschaft

Mit der Veröffentlichung der Botschaft über einen Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Uno) sind nach Ansicht der FDP die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass nun eine breite Diskussion über Vor- und Nachteile eines solchen Schrittes, wie aber auch über die Vor- und Nachteile eines weiteren Absichtsstehens geführt werden kann. Die Frage kommt damit in die Phase der innenpolitischen Entscheidung, bei der Volk und Ständen das letzte Wort zusteht. Die Partei selbst wird ihre Parole zu gegebener Zeit gemäss ihrer demokratischen und föderalistischen Struktur beschliessen.

Da nach dem übereinstimmenden Willen der vier Bundesratsparteien die Abstimmung über einen Uno-Beitritt nicht mehr in dieser Legislaturperiode vorgenommen werden soll, ist nach Auffassung der FDP die zur Verfügung stehende Zeit für eine eingehende Debatte zu nutzen. Sie wertet deshalb die Botschaft auch als ein nützliches Arbeitsinstrument der Meinungs- und Willensbildung für die bevorstehende Diskussion, bei der es nicht darum gehen kann, ein Werturteil über die Uno zu fällen, sondern abzuwägen, ob ein Beitritt im wohlverstandenen Interesse des Landes liegen kann oder nicht.

### Begrüssenswerter erster Schritt

#### FDP-Finanzausschuss zur Aufgabenverteilung

Als begrüssenswerten ersten Schritt zu einer Verstärkung eines zeitgemässen Föderalismus erachtet der Ausschuss für Finanz- und Steuerpolitik der FDP das in der parlamentarischen Beratung stehende erste Paket zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Dieser staatspolitische Aspekt steht für den Ausschuss nach wie vor im Vordergrund der Bemühungen um eine Aufgabenentflechtung.

Das von Ständerat Dr. Paul Bürgi (SG) geleitete Gremium erwartet, dass möglichst bald weitere konkrete Vorschläge zur Stärkung des bundesstaatlichen Föderalismus unterbreitet werden. Dabei ist den Anliegen der Kantone und den Aspekten der Rechtssicherheit gebührend Rechnung zu tragen. Insbesondere ist zu prüfen, wie weit der bundesstaatliche Finanzausgleich weniger zweckgebunden ausgestaltet werden kann. Vor der einläss-

### Die Traktandenliste der eidgenössischen Räte

Mögliche, gewichtige Geschäfte, die von den eidgenössischen Räten während der am 7. Juni beginnenden Sommersession behandelt werden können:

#### Nationalrat

##### Pendenzen im Prioritätsrat

Pa. Iv. Arbeitnehmerschutz  
Wust (Energiebesteuerung)  
Pa. Iv. BV. Unternehmensrecht

Krankenversicherung, Teilrevision  
Futtermittelimporte. VI  
Grundstückserwerb der Ausländer. VI  
GPKN. Lebensmittelkontrolle  
Pa. Iv. Stellenplafonierung. BG  
Pa. Iv. AHV/IV. Jährl. Teuerungsausgleich  
Entwicklungszusammenarbeit.  
Handelspolitische Massnahmen

##### Pendenzen im Zweitrat

ZGB. (Ehewirkungen)  
Kernenergiehaftpflichtgesetz  
Verrechnungssteuergesetz

##### Behandlung im Zweitrat

BV Energieartikel

##### Differenzen

Arbeitslosenversicherung

##### Neue Geschäfte

Entwicklungszusammenarbeit  
Uno. Beitritt der Schweiz  
Militärische Bauten und Landerwerbe  
Bundesverwaltung. Neugliederung  
Treibstoffzölle. Zweckbindung

VI = Volksinitiative, Pa. Iv. = Parlamentarische Initiative, BV = Bundesverfassung, BG = Bundesgesetz, GPKN = Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates

#### Ständerat

Kartellgesetz. Revision  
BV Radio und Fernsehen  
Radio und Fernsehen. Beschwerdeinstanz  
Bund-Kantone. Aufgabenteilung  
Landwirtschaftliche Pacht. BG

Pa. Iv. Autobahngebühren  
Konsumkreditgesetz  
Pa. Iv. Schweizer Bürgerrecht

Umweltschutzgesetz  
Wirtschaftliche Landesversorgung  
Wohnungsbau. Rahmenkredit  
Aussenwirtschaftliche Massnahmen. BG

Berufliche Vorsorge  
BV. Schwerverkehrssteuer

KKW Kaiseraugst. Rahmenbewilligung  
Rüstungsprogramm 1982  
Zürichberglinie (S-Bahn Zürich)

lichen Aussprache liess sich das Gremium von Ständerat Prof. Dr. Hans Letsch (AG), Nationalrat Karl Flubacher (BL) und Mario Tavazzi (Generalsekretariat FDP) zum komplexen Problem der Aufgabenverteilung orientieren.

Im weiteren befasste sich der Ausschuss für Finanz- und Steuerfragen mit dem Entwurf zu einem Subventionsgesetz. Nach einem einleitenden Referat von Dr. Kurt Hauri, Vizedirektor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, wurde der Antrag in einer ersten vorläufigen Beurteilung als taugliche Basis für weitere Diskussionen bewertet.

### Echte Chance für den Föderalismus

Als echte Chance für den Föderalismus und für eine richtig verstandene Regional-

politik bewertet die Arbeitsgruppe Regionalpolitik der FDP die gegenwärtig in der parlamentarischen Beratung stehende Vorlage für eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Das von Nationalrat Franz Steinegger (UR) präsidierte Gremium liess sich von Dr. Stephan Bieri, Beauftragter für Wirtschaftsfragen des Kantons Aargau, über die Bedeutung und Konsequenzen der Aufgabenverteilung für die Kantone orientieren, wobei auch auf Auswüchse in der heutigen regionalen Wirtschaftspolitik hingewiesen wurde. Die Arbeitsgruppe bekräftigte ihre Ansicht, wonach die regionalen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Bundespolitik sowie die zeitgemässe Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen weit gewichtiger zu beurteilen sind als die Folgen eines Einsatzes des spezifischen Instrumentariums regionaler Wirtschaftspolitik.

Vor dem Europatag am 5. Mai

## Trotzdem ein Ja zu Europa

Zum einen hat die verkehrstechnische Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Völker weltweit einander «räumlich-zeitlich» um vieles näher gebracht und zum andern die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen, kulturellen, humanitären Beziehungen usw. zu einem dichten Netz vielfältiger internationaler Zusammenschlüsse und Abhängigkeiten verbunden. Margrit Annen, Luzern, hat sich einige Ueberlegungen zum Europatag gemacht.



skeptisch-ablehnenden Blick auf die europäische Szene zu werfen. Indessen darf neben diesen Negativen das Positive nicht übersehen werden. Dürfen die Differenzen und Uneinigkeiten, die Misserfolge und Rückschläge, all die Zänkereien und Reibereien, die Butter- und anderen Berge, die Wein- und sonstigen Kriege, mit einem Wort, die noch zu starke Betonung wirtschaftlich-nationalen Eigennutzes den Blick für die Realitäten trüben? Für die Realitäten nämlich, dass wir heute in vielen Bereichen gar nicht mehr in der Lage sind — und inskünftig immer weniger mehr in der Lage sein werden —, viele Probleme und Aufgaben sozusagen im nationalen Alleingang zu lösen beziehungsweise lösen zu können, sondern nur mehr gemeinsam.

Einmal mehr wird daher in diesen Monaten und Wochen in den eidgenössischen Räten, vielen andern, auch nichtpolitischen Gremien und den Medien der Beitritt der Schweiz zur Uno diskutiert, und just in diesen Zeitraum, genau auf den 5. Mai, fällt der Europatag.

Ein im Zeichen Europas stehender Tag, der an die vor 33 Jahren in London erfolgte Gründung der ältesten, politischen und geographisch am weitest gesteckten Organisation Westeuropas, den Europarat, und zugleich an den noch älteren Appell des «Europakämpfers» Winston Churchill erinnert, worin er die Völker Europas nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges aufgerufen hat, das «Kriegsbeil» zu begraben und sich zu einem künftigen, vereinten Europa zu bekennen.

Ein Tag, der aber auch an andere europäische Stimmen, wie zum Beispiel an Konrad Adenauer, Paul-Henri Spaak, Guy Mollet sowie zahlreiche weitere politische und nichtpolitische Persönlichkeiten respektive deren Integrationsbestrebungen, erinnert.

Ein Tag überdies auch, der alle Europäer, der auch uns Schweizer daran erinnert, dass die Völker im europäischen Raum sehr eng miteinander und untereinander verbunden sind oder, anders herum gesagt, dass das, was in einem europäischen Land geschieht, für die Nachbarländer, für uns Schweizer noch grössere und unmittelbare Auswirkungen hat als das, was in einem aussereuropäischen Land geschieht.

Ein Tag, der also einmal mehr die Gelegenheit ist, nach Sinn, Zweck und Ziel europäischer Integration zu fragen, eine Art Bilanz des Erreichten, der Positiven und der Negativen zu ziehen, kurzum, eine europäische Standortbestimmung vorzunehmen.

Nun, halten wir vorerst fest, dass weder der westeuropäische Integrationsweg geradlinig verlaufen und es nicht an zahlreichen Hindernissen und Rückschlägen gefehlt hat, noch, dass das, was bis heute in dieser Hinsicht erreicht worden ist, zu «eitel Freude» und Genugtuung Anlass gibt.

Das, was sich an europäischen Tagesaktualitäten abspielt, insbesondere das, was sich auf dem wirtschaftlichen Parkett tut, ist oft wenig ermutigend, weiteren Integrationsbestrebungen nicht gerade förderlich und eher dazu angetan, einen kühl-abwägenden bis

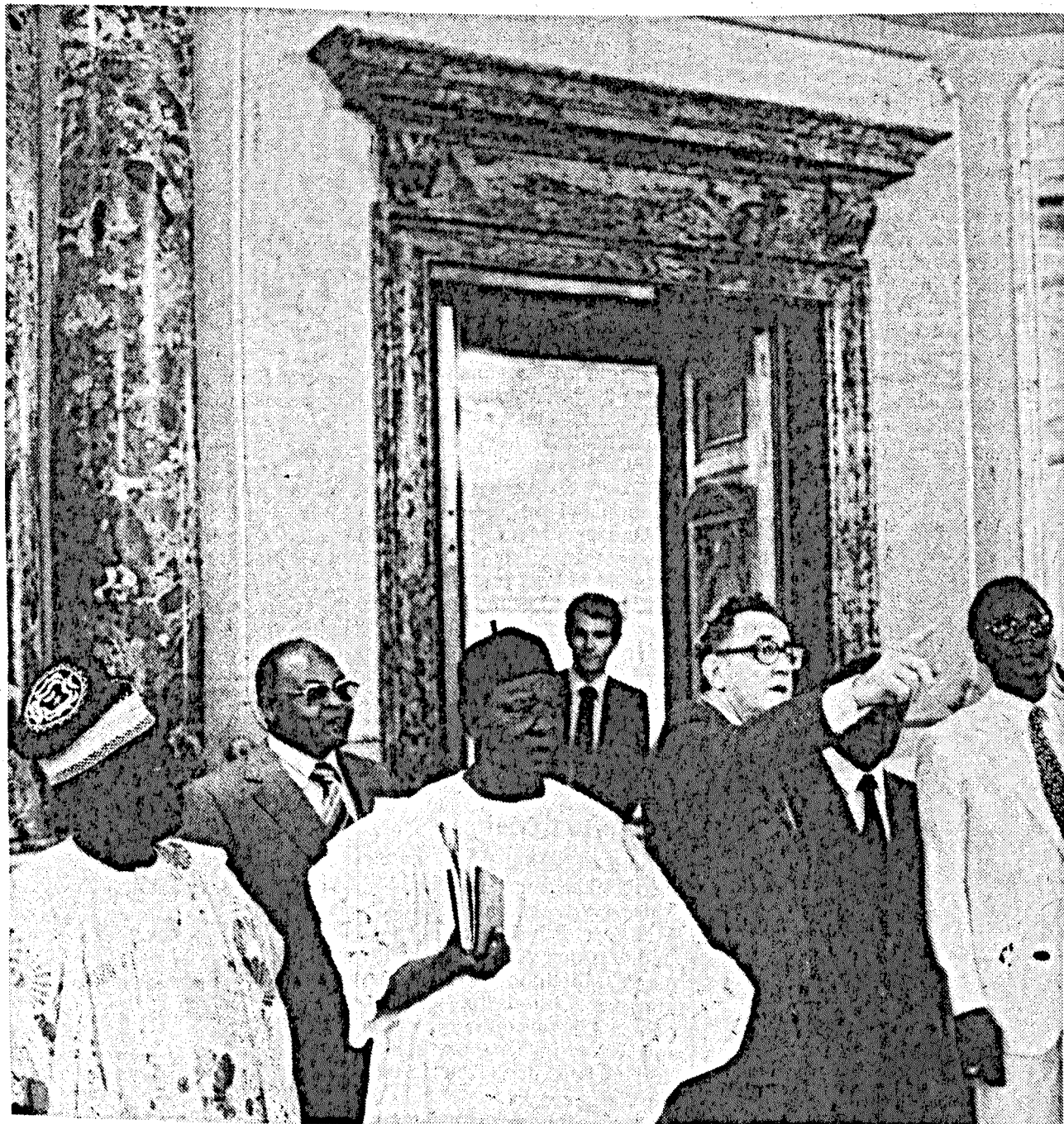
### Freisinnige am Uno-Sitz

#### Informationsbesuch in New York und Washington

Eine Gruppe Freisinniger, an deren Spitze Parteipräsident Yann Richter, Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey, Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger, stattete Anfang April im Rahmen einer privaten Informationsreise, deren Ziel es war, sich mit Blick auf den bevorstehenden Entscheid über einen schweizerischen Beitritt zur Uno über deren Tätigkeit zu orientieren, dem Uno-Sitz in New York einen Besuch ab. Sie wurden dabei vom Kabinettschef des Uno-Generalsekretärs, Mohammed Essaafi, vom Generalsekretär für internationale Wirtschaftsentwicklung und -zusammenarbeit, Jean Ripert, und vom Leiter des Uno-Entwicklungsprogrammes (UNDP), Bradford Morse, begrüsst, die über die Aufgaben und Arbeiten der Weltorganisation Aufschluss gaben.

Eine Aussprache mit den verantwortlichen Delegationsleitern Oesterreichs und Schwedens gab Gelegenheit, insbesondere neutralitätspolitische Konsequenzen eines schweizerischen Beitritts zur Uno zu erörtern, während in Gesprächen mit den Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland und der Elfenbeinküste grundsätzliche Uno-politische Fragen im Vordergrund standen. Ueber die Mission der Schweizer Beobachter bei der Uno wurde die freisinnige Gruppe von Minister Faillietaz und seinen Mitarbeitern orientiert.

Ein Abstecher nach Washington gab Gelegenheit zu Kontakten mit Kongressmitgliedern und Vertretern der amerikanischen Administration sowie einer Information über die Tätigkeit der von Botschafter Hegner geleiteten Schweizer Vertretung in der amerikanischen Hauptstadt. Einblick in die Aufgaben eines Generalkonsulates gab Botschafter Andres, Schweizer Generalkonsul in New York.



Führungen im Bundeshaus pflegen die Parlamentarier vorzugsweise mit Interessenten — sei es nun der Frauenverein, der Männerchor, eine Zunft, Leser der Regional- oder Lokalzeitung — aus ihrem Wahlkreis. Nicht jedoch Nationalrat Dr. Felix Auer, wie unser Bild zeigt, der einer Parlamentarierdelegation aus Nigeria das Bundeshaus erläutert. (Foto ruti)

Für vernünftige und realisierbare Lösungen

## Weiblicher Militärdienst ja, aber nicht obligatorisch

Eine alte Regel will, dass man in jeder Situation den «richtigen Mann am richtigen Platz» einsetzt. Dass es sich in diesem Fall um «richtige Frau» handelt, ändert nach Meinung von Nationalrätin Geneviève Aubry (Tavannes BE) nichts am Problem. Sie legt ihre Haltung in diesem Beitrag dar:



immer gespannter wird, ist es nötiger denn je, die Frau auf die Landesverteidigung vorzubereiten. So wie ich das Problem begreife, scheint mir in diesem Fall ein freiwilliger — nicht etwa obligatorischer — Dienst am vernünftigsten zu sein.

### Wie Mitwirkung realisieren?

Frauen unter den Fahnen, das bedeutete Bau neuer Kasernen, Kauf von Transportfahrzeugen, Uniformen, passende Ausrüstungen und noch tausend andere Sachen. Das würde andererseits bedeuten, dass die Frauen ihren Arbeitsplatz oder ihre Familie aufgeben müssten: Wer wird dann ihre Aufgaben in der Wirtschaft oder in der Familie erfüllen? Kann eine Bäuerin ihren Hof während mehrerer Tage oder Wochen verlassen? Trotz diesen Fragen bleibt ein Mitwirken der Frau an der Landesverteidigung unentbehrlich. Wie soll man diese Mitwirkung realisieren?

Es gibt Momente im Leben einer Frau, wo sie besser über ihre Zeit verfügen kann als in andern. Wie die ehemalige Chef-FHD Andrée Weitzel in ihrem Bericht aufgezeigt hat, haben von den 1 700 000 16- bis 65jährigen Frauen, die einberufen werden könnten, nur deren 15 000 eine militärische Ausbildung und einen Grad erhalten. Zwischen 17 und 23, 38 und 40, 60 und 62 sind die Lebensabschnitte, in denen die Frauen am verfügbarsten wären, eine Ausbildung in Landesverteidigung zu erhalten.

Wie soll man nun obligatorische Kurse einführen, deren Dauer zwischen 3 und 5 Wochen liegen sollte?

### Verschiedene Lösungsmöglichkeiten

Es gibt verschiedene Wege, die Frauen besser in die Landesverteidigung zu integrieren. An erster

Stelle braucht es eine bessere Information über die Möglichkeiten, die ihnen gegeben sind, dem Land durch ihre Schulung, ihre Neigung, ihre Fähigkeiten und ihre verfügbare Zeit zu dienen. Die Gründung eines Informationsdienstes würde bei den Frauen das Gefühl für die Nützlichkeit der Landesverteidigung erwecken.

Man muss ihnen gewissermaßen eine Möglichkeit aufzeigen, «à la carte» zu dienen. Für diejenigen, die Zeit haben, könnte das ein Einsatz im Roten Kreuz sein oder in der FHD, wo sie unter einem Einsatz in der Verpflegung, der Uebermittlung oder verschiedenen Hilfsdiensten wählen könnten. Eine andere Hypothese besteht darin, den Zivildienst zu vergrössern. Die Frauen könnten da eine bedeutende, sogar entscheidende Rolle spielen.

Ein wesentlicher Vorteil besteht darin, dass sich diese Aktivitäten am Wohnort abspielen könnten. Dazu gilt es hinzuzufügen, dass zu diesem Zeitpunkt, in dem diese Schulungen stattfinden würden, sich die Frauen meistens verheiratet und Kinder bekommen.

### Ausbau des Haushaltlehrjahres

Oder eine persönliche Meinung: Man könnte vom Haushaltlehr-

jahr profitieren, das in den meisten Kantonen für Mädchen zwischen 15 und 16 Jahren obligatorisch ist. Man könnte da ein Fach einführen, wo gelehrt wird, was man in erster Linie wissen muss und wie man sich verhält, falls eine Krise oder ein Krieg eintritt. Es wäre eine Gelegenheit, den Frauen unter diesen Umständen ihre Verantwortung klar zu machen und sie auf die Wahl unter verschiedenen freiwilligen Kursen vorzubereiten, welche ihnen dann später gewisse Spezialisierungen ermöglichen. Diese Kurse könnten sie zwischen 16 und 20 Jahren besuchen.

Wenn die Kinder erwachsen sind, haben die dann ungefähr 40jährigen Frauen wieder mehr Zeit. Dies ist für einige der richtige Moment für die berufliche Wiedereingliederung. Was man endlich sehen müsste, wäre die Möglichkeit, in diesem Alter einen noch näher zu bestimmenden Dienst übernehmen zu können. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen existiert ein beträchtliches Potential an starken und erprobten Kräften. Es wäre sehr wichtig, sich der vorhandenen Zeit und der erworbenen Kenntnisse bewusst zu sein und sie richtig einzusetzen. Eventuell würde es genügen, eine zusätzliche Art von Schulung anzuordnen. Ich hoffe, dass Studien in diesem Sinne vorangetrieben werden.

## Stellungnahme der FDP-Studiengruppe für Medienpolitik

### Für eine pluralistisch finanzierte Filmförderung

Für eine pluralistische Finanzierung des schweizerischen Filmschaffens mittels eines Mehssäulensystems spricht sich die Studiengruppe Medienpolitik der FDP aus. Als Träger kommen in Frage — neben dem Bund, der die Filmförderung bereits unterstützt — Kantone und Gemeinden (durch direkte Beiträge oder Umleitung der Billettsteuer), die SRG (durch eine Verstärkung ihres bisherigen Engagements), Private und Wirtschaft sowie ein Fonds, der durch den sogenannten «Filmzehner» (bei jedem Kinobesuch wären zehn Rappen zusätzlich zu bezahlen, die vollumfänglich dem Schweizer Film zugute kommen sollen) geöffnet wird.

Unbestritten ist für die Studiengruppe, dass der Schweizer Film der selektiven Unterstützung, die sich nach der künstlerischen Qualität orientiert, bedarf; jedoch wurde die Ansicht vertreten, dass eine Erhöhung des Beitrages der Eidgenossenschaft in Anbetracht deren finanzieller Situation im heutigen Zeitpunkt ausser Betracht fällt.

### Ungleiche Spiesse

Vorgängig der Aussprache liess sich das von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon, ZH) präsidierte freisinnige Gremium über die Situation des Films in der Schweiz orientieren. Peter-Christian Fuetter, Delegierter des Verwaltungsrates der Condor-Film AG, Zürich, plädierte dabei für eine umfassende Betrachtungsweise, in die nicht nur die Filmszene, sondern die gesamte Audiovisionszene einzubeziehen wäre. Er unterstützt die Einführung des Kabelfernsehens, möchte ihm jedoch Richtlinien zuordnen, die es staats- und kulturpolitisch nicht nur verantwortbar, sondern auch wertvoll machen, indem beispielsweise Auflagen über schweizerische Programmteile erlassen werden.

Dr. Felix Rogner von der Zürcher Kinobank AG verwies auf die ungleichen Spiesse fiskalischer und polizeirechtlicher Natur zwischen nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführten Kinos sowie subventionierten Kinos und dem Fernsehen an-

dererseits. Da in den letzten Jahren die Zahl der Kinos erheblich zurückgegangen ist, betrachtet er die Situation bei den Stadtkinos als «gesundgeschrumpft», befürchtet jedoch, dass dieser Prozess bei den Reprisen- und Landkinos noch nicht abgeschlossen ist.

### Schweizer Film-Zenit der internationaler Anerkennung

Der Schweizer Film befindet sich im Zenit internationaler Anerkennung; diese Meinung vertrat Alex Bänninger, Direktor-Stellvertreter des Bundesamtes für Kultur und Chef der Sektion Film im Eidgenössischen Departement des Innern. Diese Medaille habe jedoch auch ihre Kehrseite: Verschiedene Projekte namhafter Regisseure, die 1981 mit den höchsten Herstellungsbeiträgen des Bundes hätten gefördert werden sollen, liessen sich mangels Restfinanzierung nicht verwirklichen.

Das Projekt «Filmzehner» erläuterte Dr. Jean-Pierre Hoby, Mitarbeiter des Schweizerischen Filmzentrums (eine Selbsthilfeorganisation der Filmschaffenden, die vor 15 Jahren gegründet wurde). Erste Versuche verliefen positiv, und eine Umfrage bei den kantonalen Finanzdirektoren ergab — wie bei den Kinobesitzern und Filmverleihern — keine ablehnende Stellungnahme. Sollte sich das Vorhaben realisieren lassen, so stünden jährlich rund zwei Millionen Franken mehr für die Filmförderung zur Verfügung.

## Cher lecteur

Les dernières élections fédérales ont eu lieu il y a déjà plus de deux ans, en 1979; les prochaines se dérouleront en octobre 1983. Nous venons donc de dépasser la moitié de la législature. Nous pouvons dès lors établir un bilan et faire le point de notre situation.

Un diagnostic sur la santé de notre formation permet de constater avec plaisir que le Parti radical-démocratique suisse se porte bien. J'en veux pour preuve un indicateur que l'on ne pourra contester: le résultat des 13 élections cantonales au système proportionnel qui se sont déroulées en 1980, 1981 et en 1982, depuis les dernières «législatives» fédérales.

In den 13 kantonalen Wahlen der Jahre 1980, 1981 und 1982, die nach dem Proporzsystem durchgeführt wurden, wechselten von insgesamt 1699 zur Wahl stehenden Parlamentssitzen 91 die Partei.

Partei	Gewinne	Verluste	Saldo
FDP	22	3	+19
CVP	16	17	-1
SP	15	17	-2
SVP	8	2	+6
POCH	6	1	+5
LPS	16	2	+14
EVP	4	1	+3
LdU	0	10	-10
PdA	0	15	-15
NA/Rep.	0	19	-19
Diverse	4	4	0
Total	91	91	± 0

Sur un total de 1699 sièges de législatifs cantonaux à repourvoir durant ces dernières années, notre parti se détache très nettement, puisqu'il totalise 22 gains et 3 pertes seulement, ce qui lui laisse un solde positif de 19 sièges — le meilleur score de tous les partis du pays.

Cette avance remarquable confirme et renforce même la tendance constatée lors des élections fédérales et montre une répartition assez équilibrée des gains entre la Suisse romande et la Suisse alémanique.

Dans le groupe des perdants, on note surtout les petits partis: l'Alliance des Indépendants qui se retrouve avec 10 sièges en moins, le Parti du travail qui enregistre 15 pertes, l'Action nationale et les Républicains qui perdent 19 mandats cantonaux. Près sur leurs positions restent le Parti démocrate chrétien qui perd 1 mandat et le Parti socialiste qui enregistre 2 sièges. L'Union démocratique du centre a gagné 6 sièges et le Parti libéral affiche une progression de 14 sièges.

En conclusion, nous pouvons affirmer que l'action de notre parti, qui consiste pour l'essentiel à défendre la liberté personnelle de l'individu et du citoyen contre une remise toujours plus forte de l'Etat, a été comprise et appréciée d'un nombre toujours plus grand de nos concitoyens. C'est pour nous un gage de confiance pour l'avenir.

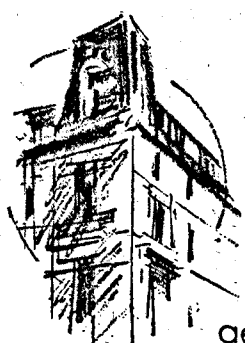
Y. Richter  
Yann Richter

## Gute Baudeen reifen wie Früchte. Aber sie fallen nicht einfach vom Baum.

Denn Gesamtkonzepte für Industrie- und Verwaltungsbauten müssen schrittweise erarbeitet werden. Als Generalplaner integrieren wir alle massgebenden Randbedingungen in ein wirtschaftliches, funktionsfähiges Projekt. Als Generalunternehmer übernehmen wir die schlüsselfertige Ausführung mit garantiertem Kostendach. Damit Sie später die Früchte ernten können.

Gellinger AG Dept. Planung und Generalbau  
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434  
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/311731

**GELLINGER**



**Universalbank**  
gegründet 1897

Wir sind eine Bank, die mit den Märkten und in den Märkten der ganzen Welt arbeitet: Börsengeschäfte, (Sitz an der Zürcher Börse), Anlageberatung und Vermögensverwaltung, Kreditgeschäfte, Devisenhandel, Akkreditive.

**BANK HOFMANN AG**  
**ZÜRICH**

Talstrasse 27  
Telefon 01/211 57 60

Coupon einsenden an Bank Hofmann AG, Postfach, 8022 Zürich  
Bitte senden Sie mir weitere Unterlagen über Ihre Bank.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

# Leserbriefe



## Nicht ganz einverstanden mit Regierungsrat Künzi

Im «Freisinn» Nr. 3 vom März 1982 hat der Zürcher National- und Regierungsrat Prof. Hans Künzi unter dem Titel «Aufgabenteilung ist mehr als Lastenverschiebung» auch zu den Subventionskürzungen des Bundes im Bereiche des Berufsschulwesens Stellung genommen. Er kritisiert dabei, dass eine Begrenzung der beitragsberechtigten Besoldungen für Schulleiter auf 70 000 Franken pro Jahr und für Lehrkräfte auf 60 Franken pro Lektion vorgenommen worden sei. Er fordert, dass wie früher der volle Bundesbeitrag an die ganze Besoldung ausgerichtet werde. Dieser Argumentation kann man aus thurgauischer, aber auch aus grundsätzlicher Sicht nicht folgen. Die Zürcher Trägergemeinden können es sich bekanntlich leisten, Besoldungen an Berufsschullehrer auszurichten, die weit über denen im Thurgau liegen. Würde nun der Bund die ganze Besoldung subventionieren, förderte er nicht nur eine unerwünschte Konkurrenz zwischen den Kantonen, sondern richtete er an den finanzstarken Kanton Zürich frankenmässiger mehr aus als an den notgedrungen sparsameren Thurgau. Dies würde dem Gebot des Finanzausgleichs doch krass widersprechen. Der Unterzeichnete hofft also, dass der Bund nicht zur früheren Praxis zurückkehrt. Ueber die Höhe der Begrenzung kann man natürlich diskutieren. Im FDP-Klartext heisst das also: Wenn der Kanton Zürich oder seine Gemeinden gewillt und in der Lage sind, Toppaläre auszurichten, haben wir gar nichts dagegen, aber dann bitte ohne Bundessubvention! Und noch etwas: Wohn-

kommen wir eigentlich mit den Bundesfinanzen, wenn jeder sagt, weg mit den Subventionen, aber doch bitte nicht bei mir? Hermann Lei, Weinfelden

## Nachtrag zum «Gurten»

Die grossaufgemachte Reportage von der Friedens-Gurten-Tagung in der Februar-Ausgabe des «Freisinn» und die Resolution zeigt nur die halbe Wahrheit. Es gab auch unbefriedigte Tagungsteilnehmer, solche, die von der erlebten Schwarzweissmalerei enttäuscht wurden:

Jene, beispielsweise, die nicht klatschten, als der selbstbezeichnete Experte sich mit der Feststellung entlud, dass die Atomwaffen bloss die halbe Menschheit vernichten würden. Und nicht 29mal die ganze, wie der Friedensdienstler vorher festgestellt hatte.

Oder jene, die sich über die schwache Argumentation der Vertreter der Friedensbewegung nicht gefreut haben.

Und jene, die nicht bereit waren, den Krieg als geschichtliche Notwendigkeit der Staatspolitik hinzunehmen.

Und diejenigen, denen der steckengebliebene Dialog über den Frieden missfiel.

Es gab Tagungsteilnehmer, die sich für eine Friedenspolitik des Neutralen, der KSZE, der Uno, der Abrüstungsgespräche engagieren möchten. Sie stiessen auf wenig Verständnisbereitschaft. In den Arbeitsgruppen wurde entschiedener diskutiert. Unbestimmtheiten wie der Ausgang eines Dialoges waren kaum erwünscht. Fakten, Verhältniszahlen, Entschlossenheit gingen vor.

Die Resolution ist ausgewogen und gut (wenn auch das Bekenntnis zur Uno fehlt). Sie gab aber nicht die erlebte Diskussion wieder. In der Resolution wird gesagt, dass die Armee nicht das einzige Mittel zur Friedenserhaltung sei und dass die Friedenspolitik der Schweiz verstärkt werden müsse. So differenziert tönte es bei weitem nicht in den Arbeitsgruppen. Da wurde unwidersprochen behauptet, dass die Erhaltung unserer Freiheit über kurz oder lang etwas Krieg bedürfe; die Geschichte beweise dies ja, und vom Krieg habe man sich alleweil wieder erholt. Die militärische Kraft unseres Ländchens müsse verstärkt werden — dabei ist es, wie Bundesrat Chevallaz bestätigt, weit und breit das bestverteidigte —, sie zähle einzig. Für das Gespräch, für Helsinki, für die Uno seien die Franken zu schade. Entschlossenheit und militärische Stärke seien Garantien für die schweizerische Freiheit.

Von Freiheit wurde viel geredet. Und oftmals wurde der gleiche Fehler ge-

macht, wie ihn die Anarchisten bei ihrem Freiheitsbegriff pflegen. Freiheit setzt nämlich Tradition voraus, setzt Werte voraus, die man als unfrei empfindet. Eine schweizerische Freiheit ohne Schweizer gibt es nicht. Die Freiheit der 30er Jahre ist nicht die gegenwärtige Freiheit. Freiheit muss schöpferisch sein. Man kann sie nicht ein für allemal definieren und hochhalten. In den Arbeitsgruppen wurde sie oft als absolute Grösse eingestuft, weit über dem Frieden. Sie wirkten etwas arrogant, jene, die Haut und Haare, Frieden und Soldaten zu opfern bereit waren. Für eine Freiheit, die vielleicht nur 10 Jahre von unserer Freiheit entfernt läge.

Es wurde an den Tischen — nicht auf dem Podium — der Gurten-Tagung mit verhaltener Ironie auf die Ausführungen der Friedensbewegung reagiert. Die Idee, eine andere Friedensbewegung zu gründen, eine liberale Friedensbewegung, für die KSZE, für den Uno-Beitritt, für die Abrüstungsgespräche, blieb unausgesprochen. Dabei wäre eine Gegenbewegung, die den Osten nicht immer von der Kritik ausnimmt, vonnöten.

Es gab also Teilnehmer, die eine starke Armee befürworteten und gleichzeitig mit den Friedensbewegungen nicht «kurzen Prozess» machen wollten. Solche, die die Schwarzweissmalerei ablehnten. Und auch diese gehören zur Wahrheit der Friedens-Gurten-Tagung. Jörg Aeberhard, Olten

**Seltene Teppiche aus dem Iran**  
vom Fachgeschäft für handgeknüpfte Teppiche  
**Iran-Teppich Djalali**  
St. Gallen, Brühlgasse 17,  
Telefon (071) 22 32 42

---

**Zu kaufen gesucht**  
kleines bis mittelgrosses Haus mit etwas Garten in schöner Gegend für Ferien- und Daueraufenthalt. Es könnte eine betreuerische oder pflegerische Aufgabe mitübernommen werden.  
Offerten bitte unter Chiffre 3855 ZV, ofa, Orell Füssli Werbe AG, Postfach, 8022 Zürich.  
FIFDP35138

staatl. bewilligte Privatschule  
**Pädagogisches Förderstudio Winterthur**  
Steiggasse 2/Ecke Technikumstrasse  
8400 Winterthur  
**Tel. 052 22 66 68**  
Tel. 052 22 83 56

An unserer staatlich bewilligten

**Tagesschule**  
sind noch einige Plätze frei.  
Eintritt jederzeit möglich.

- Lernerfolge durch Freude am Lernen
- Geborgenheit und individuelle Betreuung in Kleinklassen von 10 bis 12 Schülern
- Förderung des Selbstvertrauens durch Vermittlung von Arbeits- und Lerntechnik
- Kostenlose Elternberatung

**Klassen:**

- 6. Klasse (Übergangsjahr)
- 1./2. Real
- 1./2. Sekundar

Die bewährte, pädagogisch aufgebaute Schule, jetzt unter neuer Leitung, steht Ihnen für weitere Informationen gerne jederzeit zur Verfügung.

**Der Freisinn**  
Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.  
Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.  
Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.  
Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.  
Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

**Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.**

**SCHULERWEINE**  
St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

**Papier bleibt hier!**  
\*weil - beispielsweise - mit dem Erlös der Gemeinnützigen Zürcher Papierabfuhr regelmäßig die «Pro Juventute» unterstützt wird.

**Erholung in der Ostschweiz**

**Ruhe, Entspannung und Erholung im Appenzellerland**

- von den Krankenkassen anerkanntes Haus zur Erholung
- ideale Höhenlage (1000 m ü. M.)
- ruhig und sonnig gelegen
- im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
- viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen

Nähere Auskunft: Inserat auf Postkarte geklebt einsenden an:  
**Kurhaus Beutler**  
Vogelinsgasse 9042 Speicher AR  
Tel. 071/94 23 44

**PIZOL**  
Pizolhütte, 2227 m ü. M.  
Im Sommer und Winter

**Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende**  
Herrliche 6-Seen-Wanderung

**Für den Winter — für Skiferien und Sporttage**

Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.  
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir. Touristenlager für 80 Personen.  
Wir laden Sie herzlich ein Familie Peter Kirchhof, 7323 Wengs-Pizol, Telefon (085) 2 14 56/2 33 58

**FEDERN**  
in jeder Grösse für jede Verwendung  
Baumann & Cie. AG  
8630 Rüti/Zürich, Schweiz  
Telefon: (055) 86 12 12

Walter Wittmann  
**Ausverkauf der Sicherheit**  
pro-kontra  
Fr. 27.20 / öS 212.80 / DM 28.-  
Philosophia Verlag

Der neue Wittmann  
**Die Sicherheit in ihrer totalen und umfassenden Form wird zum Gegenbegriff der Freiheit!**

**KABA STAR**  
Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

5 Zuhaltungsreihen.  
Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.  
Computergesteuerte Schlüssel-Prägungen in Hundertstel Millimeter.  
Astronomische Schliessvarianten.  
Und über 100 Jahre Erfahrung.  
Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

**BAUER KABA AG**  
Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach, CH-8620 Wetzikon  
Tel. 01/931 61 11  
Telefax 815 9481

# Reaktionen in den Medien auf den Bericht «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat»

## Positiv, kritisch, süffisant

Ausserordentlich breite Beachtung fand die Pressekongresskonferenz über den Bericht «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» in den Medien. Dabei mangelte es — neben positiven Stellungnahmen — auch an kritischen Anmerkungen; im Deutschschweizer Radio wurden sogar süffisante Töne angeschlagen, wo man sich — wie übrigens auch im Pressedienst des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes — über einen Druckfehler («sozialistischer Ausgleich» statt «sozialer Ausgleich») mokierte. Nachstehend einige Auszüge aus Kommentaren:

Einen Versuch, das freisinnige Postulat aus eigener Sicht zu erläutern, unternahm Richard Aschinger im «Tages-Anzeiger»: «Der Slogan „Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat“ ist seit den Wahlen 79 vom zügigen Werbespruch der Freisinnigen gewissermassen zu einer Kurzformel für die politische Grosswetterlage der Schweiz geworden. Hinter dem Schlagwort „Mehr Freiheit“ steht das unwillige Gefühl, dass das Individuum in unserer Gesellschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte massiv an Eigenständigkeit, an Entscheidungsfreiheit verloren habe. Mit dem zweiten Spruchteil „weniger Staat“, drückt ein weit über die freisinnige Partei hinausreichender Bevölkerungsteil diesen Unwillen gegen den sich und den Staat, aus. Anlässlich verschiedenster Alltags-Intimkontakte mit dem Staat, wie zum Beispiel beim Ausfüllen der Steuererklärung, beim Vorführen eines Autos, im Verkehr mit Baubewilligungsbehörden oder dem Staat „Mehr Freiheit — weniger Staat“ spontan immer wieder zu den politischen Stossgebeten nicht nur rechts beherrschter Bürger gehören.»

Mit der Reaktion der politischen Gegner auf die freisinnige Aussage setzt sich Konrad Stamm im «Bund» auseinander: «„Weniger Staat“: Das ist heute erwiesenermassen eine zugkräftige Parteiparole. Wer erfolgreich sie ist, zeigen nicht nur die jüngsten Wahlergebnisse, sondern auch die greifbarsten Reaktionen politischer Gegner der Freisinnigen und Liberalen. Aber man wird den Verdacht nicht los, dass die Parole von manchen falsch verstanden wird oder dass viele, die ihr vorbehaltlos zustimmen, sich selbst gegenüber nicht ganz ehrlich sind.» Im «Badener Tagblatt» ähnlichen Themas an: «Das ist gut so: denn die Kurzformel „Mehr Freiheit — weniger Staat“ hat seit 1979 nicht nur erfolgreich bei den Wählern eingeschlagen, sondern auch beim politischen Gegner; vor allem SP-Kreise sind nervös geworden und tun die Freisinnigen den Gefallen, in ihren Polemiken die Öffentlichkeit immer wieder an das offensichtlich wählerstimmenträchtige Schlagwort zu erinnern.»

Der gleiche Autor erinnert die Freisinnigen aber auch daran, dass sie ihre Forderung auch selbst mehr beherzigen sollten: «In diesem Sinne ist dem Aargauer Nationalrat Bruno Hunziker beizupflichtend, der an der Pressekonferenz betonte, diese Papiere seien „auch an unsere eigene Adresse gerichtet“; denn es könne nicht schaden, die eigenen Leute bei ihrer parlamentarischen Vorstöschen daran zu erinnern. In der Tat: Allzuoft bekommt man gerade in den eidgenössischen Räten den Eindruck, die Freisinnigen machten — nach gewissen Wählerstimmen schieflend — beim „Mehr Staat“ halt und wacker Landwirtpolitik, aber auch an freisinnigen Widerstand bei bestimmten Subventionen abgebaut, oder an freisinnige Begehren nach mehr Staat, u. a. im Bereich der Presseförderung und so weiter und so fort. Mit anderen Worten: Die gerade verkündete Botschaft hören wir wohl doch an den Früchten sollen wir in Zukunft deren Güte erkennen.»

Zur Frage der Konkretisierung meint Paul Ehinger in der «Berne Zeitung»: «Der Slogan „Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat“ fiel durch bei seiner Kreierung vor drei Jahren konnten seine Undifferenziertheit auf. Wie wert so verlegnen? Nun, sie lehnen die den Staat nicht ab — das haben sie von Anfang an unterstrichen. Trotzdem waren die Verdächtigungen nicht ganz unbegründet. Um diesen entgegenzutreten, hat die FDP das 1979 am meisten aufgefallene Wahlmotto zu konkretisieren versucht.» Das der Moment gekommen ist, sich zu erklären, unterstreicht in «24 heures» Denis Barrelet: «„Plus de liberté — moins d'Etat.“ Le slogan choisi par les radicaux a fait fureur. Le moment devait fatalement venir, pour les radicaux, de s'interroger sur le contenu précis de ce slogan.» Und im «Luzerner Tagblatt» schreibt Rolf Siegrist: «Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz hat für die vorhersehende Stimmung im Volk ein feines Gerüst gezeugt, als sie mit dem Slogan

„Mehr Freiheit — weniger Staat“ in die 79er Wahlen zog. Der Stimmenzuwachs hat ihre Annahme bestätigt, dass die Wähler einer überbordenden Staatstätigkeit negativ gegenüberstehen. Allerdings, so ganz unproblematisch war jener Kreuzzug gegen zuviel Staat nun auch wieder nicht. In seiner Einfachheit und Prägnanz bot jener Wahlslogan auch Angriffsfläche, und es ist denn auch im gegnerischen Lager mit herber Kritik nicht gespart worden. Aus eigenem Bedürfnis heraus, aber auch um für die nächsten Wahlen gewappnet zu sein, hat die FDP nun ihren Freiheitsruf konkretisiert. Was dabei herausgekommen ist, darf sich sehen lassen.»

Kritik übt Richard Aschinger im «Tages-Anzeiger»: «Präzisiert ist der Bericht vor allem in Punkten, die direkt niemandem weh tun. Es wird zum Beispiel konkret gefordert, die Steuerbelastung müsse reduziert werden. Bei den notwendigerweise parallel laufenden Sparbestrebungen fehlt aber die Präzisierung, wo Ausgaben gestrichen werden sollten.» Ein «zweispaltiges Gefühl» registriert Konrad Stamm im «Bund»: «Dennoch hinterlässt der freisinnige Slogan ein zweispaltiges Gefühl. Nicht was drinsteht, sondern vielmehr, was nicht drinsteht, gibt zu Bedenken Anlass. Wir leben in einer Zeit und an einem Ort, wo wir unsere Freiheit und die Sorge für uns selbst in mancher Beziehung nur noch auf Kosten der andern verwirklichen können. Deshalb genügt Selbstverantwortung heute nicht mehr. Wir sollten einsehen, dass wir Verantwortung auch für die andern, für die Gemeinschaft — für unseren Staat aufbringen müssen. Was dieser Staat heute nötig hat, ist nicht in erster Linie mehr Geld, sondern mehr Interesse, mehr Beteiligung, mehr Engagement seiner Bürger, der jungen wie der alten. So gesehen weist die Forderung nach „Weniger Staat“ in die falsche Richtung. Man müsste sie zumindest differenzieren. Aber mit einer Parole „Weniger vom Staat, mehr für den Staat“ liessen sich wohl kaum Wahlen gewinnen. Und von keiner Partei kann man verlangen, dass sie mit einer aussichtslosen Parole in den Wahlkampf zieht.» Auch Jean-Pierre Gattoni hat in «La Suisse» die kritische Sonde ausgesetzt: «Un petit nuage cependant dans ce ciel serein. Dans leur étude, les radicaux philosopent, à notre goût, un peu trop. On aurait aimé y trouver plus de propositions précises pour concrétiser le „moins d'Etat“, qui est aussi synonyme de moins de bla-bla.» «Nicht mehr als vage Ideen», titelte in der «Basler Zeitung» Peter Amstutz seinen Kommentar: «Damit reduziert sich die FDP-Wahlparole von 1979 auf ein Instrument, das gelegentlich originell und in wenigen Einzeldingen sogar brauchbar sein kann. Der Versuch aber, nachträglich eine Art Nichtaktivitätsprogramm zu entwickeln, weist höchstens darauf hin, dass sich auch Parteien unter Erfolgszwang in Verlegenheit hineinmanövrieren können.»

Mehrfach positiv registriert wurde, dass die FDP den Versuch unternommen hat, ihr Verhältnis zum Staat zu erläutern. Darauf geht beispielsweise Bruno Frangi in der «Solothurner Zeitung» ein: «Es hat natürlich nicht erst den Bericht einer Arbeitsgruppe und deren Aussagen gebraucht, um widerlegen zu können, dass die FDP keine Abbruch-GmbH am Staat ist und sein will. Die FDP pflegt trotz eigener Profilierung auf dem eidgenössischen Parkett und selbstverständlich als Partei mit Regierungsverantwortung einen durchaus kooperativen Stil im Dienste der Fortentwicklung unserer Eidgenossenschaft.» In ähnlichem Sinne äussert sich Heinz Ruprecht in den «Glarner Nachrichten»: «Aber dieser notwendige Vorbehalt schmälert keineswegs die grundlegende Bedeutung des gestern von der FDP vorgelegten Berichts zur Verdeutlichung ihres Slogans „Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat“, sondern er widerlegt vielmehr die häufige Unterstellung, dass bereits staatsfeindlich sei, wer sich über die Grenzen der Staatstätigkeit Gedanken zu machen erlaubt: Kein Liberaler stellt ernstlich die existentiellen Staatsaufgaben in Frage, keiner würde nicht die wichtige Rolle des Staates als eines Garanten für Freiheit und Sicherheit, aber auch als eines Pfeilers des sozialen Ausgleichs anerkennen. Und ebenso wird kein anständiger Liberaler von diesem Staat gewinnträchtige Monopolkonzessionen (wie etwa die Post) beanspruchen und ihm und dem Steuerzahler gleichzeitig die unrentablen Dienstleistungen (wie etwa die Bahn) überlassen wollen.»



Der Bericht «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» wurde in Bern an einer Pressekonferenz vorgestellt. Die Fragen der Medienvertreter beantworteten (v. l. n. r.): FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger, Staatsrat Alain Borner (Genf), FDP-Präsident Yann Richter, Kantonsrat Dr. Eric Honegger (Rüschlikon/ZH), Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau). (Photo ruti)

Fortsetzung von Seite 1

im Motto zum Ausdruck kommt, abweicht. Ich weiss, politisieren lässt sich in unserer Konkordanzdemokratie nur, wenn man in Regierung und Parlament eine tragfähige Basis schaffen kann. Und dazu ist das Schliessen von Kompromissen Voraussetzung. Aber von Zeit zu Zeit ist es notwendig, sich die eigenen Ziele unverblümt vor Augen zu halten, um sein Handeln an ihnen ausrichten zu können.

### Warum dieser Bericht?

In den «Zielsetzungen 79/83» stehen an zentraler Stelle die folgenden Sätze: «Wir Freisinnig-Demokraten wollen den Staat nicht überall haben. Wir bejahen einen leistungsfähigen Staat in jenem weiten Bereich, wo er zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme nötig ist. Wir wollen ihn aber dort nicht, wo der Einzelne und die private Gemeinschaft in eigener Verantwortung handeln können. Wir verlangen vom Staat wieder eine grössere Bereitschaft, sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die nur er lösen kann. Der Selbstverantwortung des Bürgers und der Solidarität der Gemeinschaft ist wieder mehr Gewicht zu überlassen.» Diese Proklamation stellt das hauptsächlichste Anliegen des Parteiprogramms dar und wird im sachpolitischen Teil mehrfach wieder aufgenommen. Weshalb also noch einen zusätzlichen Bericht? Die Antwort darauf ist eine zweifache: Einmal kann der Slogan nicht für alle politischen Bereiche von gleicher Bedeutung sein. Seine Relevanz ist je nach Sachgebiet unterschiedlich. Dies spiegelt sich auch im Bericht wieder, in dem der Konkretisierungsgrad dort erhöht wurde, wo quasi klassische Wirkungsfelder für die Entlastung des Staates und die Erhöhung der staatlichen Effizienz vorliegen. Die zweite Rechtfertigung für den vorliegenden Bericht liegt in der banalen Tatsache, dass unsere Partei nicht nur aus einer schweizerischen Organisation besteht, sondern auch aus Kantonal- und Ortsparteien, die ebenfalls an vorderster Front einen politischen Auftrag erfüllen wollen. Unsere Zielgruppe bestand also aus eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Politikern. Der Begriff «Staat» im Slogan deckt ja keineswegs nur den Bund, sondern eben alle drei staatlichen Ebenen ab.

### Worum es geht

Der Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» ist vorgeworfen worden, sie ziele einseitig auf einen Staatsabbau hin, der notwendigerweise mit einem Verlust an sozialen Leistungen verbunden sei. Diese

Fehlinterpretation zeigt, wie notwendig es ist, die Absicht des Slogans zu verdeutlichen. Wir tun dies im ersten Kapitel, indem unser liberales Verständnis vom Staat formuliert wird. Es ist gekennzeichnet durch die vornehmste Aufgabe des Staates: die Sicherstellung der Freiheit des einzelnen und der Gemeinschaft. Der Liberale achtet deshalb darauf, dass der Staat in der Lage ist, diese Garantie zu übernehmen, ohne den Einzelnen durch bürokratische Anordnungen ganz zu verwalten. Es braucht also staatliche Einrichtungen, nur dürfen sie nie Selbstzweck sein. Sie müssen vielmehr immer im Dienste der persönlichen und politischen Freiheit stehen.

Das Unbehagen über den Staat, das im Slogan zum Ausdruck kommt, liegt in der Gefahr begründet, dass der Staat im ständigen Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit die Freiheit im Sinne der Vielfalt aus den Augen verliert. Wir meinen, dass der Gewinn an sozialem Ausgleich in einem vernünftigen Verhältnis zum Verlust an persönlicher Freiheit stehen muss. Diese Frage des Masse hat sich ein Liberaler immer wieder zu stellen. Einige Antworten dazu finden sich im konkreten Teil unseres Berichtes. Die Freisinnig-Demokraten sind bekanntlich massgebend am Aufbau und an der Ausgestaltung unseres Staates beteiligt gewesen und sind es immer noch. Wir stehen dazu und wenden und keineswegs von diesem Staat ab. Dies gilt auch für die sozialen Errungenschaften, an deren Verwirklichung die freie Marktwirtschaft wesentliche Verdienste hat. Dem Liberalen darf es aber nicht verwehrt sein, seine Position immer wieder neu zu überprüfen und veränderten Bedingungen anzupassen. In diesem Sinne lehnt sich die Parole an die ursprünglichen Ziele der liberalen Staatsidee an und berücksichtigt die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte schweizerischer Politik. Sie versucht, Marksteine für die weitere Entwicklung zu einer freien Gesellschaft zu setzen; zielt also auf den Weg der Zukunft und nicht in die Vergangenheit.

### Gliederung

Der praxisbezogene Teil des Berichtes gliedert sich in zwei Abschnitte. Zuerst wird unter sieben Gesichtspunkten die Staatstätigkeit kritisch beleuchtet. Es handelt sich hier um Bereiche, wo die Aktivität des Staates an sich unbestritten, deren Ausmass und Ausgestaltung im einzelnen aber diskutabel sind. In diesem Abschnitt des Berichtes steht nicht primär die Forderung nach weniger Staat als vielmehr das Postulat nach einem besseren Staat im Vordergrund.

Ein zweiter Abschnitt befasst sich mit der Frage, wie und wo der Staat entlastet werden könnte. Es geht hier also um die Substitution des Staates durch private Organisationen. Dabei ist nicht beabsichtigt, öffentliche Leistungen abzubauen, sondern nur deren Trägerschaft zu überprüfen. Den Bürger interessiert nämlich nicht primär, wer ihm Leistungen anbietet, als vielmehr dass sie überhaupt erbracht werden — und zwar möglichst kostengünstig.

### Frage der persönlichen Grundhaltung

Ich möchte schliessen mit der Bemerkung, dass der Umgang mit «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung» auch eine Frage der persönlichen Grundhaltung ist. Oft fehlt der Wille, selbständig oder in Zusammenarbeit mit andern ein Problem ohne staatliche Hilfe zu lösen. Auch das Bedürfnis nach mehr Sicherheit wird oft dem Verlangen nach mehr Freiheit vorangestellt. Wer glaubt, Sicherheit zu erlangen, realisiert aber meistens nicht, dass diese mit Einbussen an Freiheit verbunden sein kann.

Freiheit verlangt Selbstverantwortung. Wer frei handelt, muss dafür auch selber die Verantwortung übernehmen, und die verantwortungsbewusste Ausübung der Freiheit setzt eine entsprechende ethisch-moralische Grundhaltung voraus. Es ist vor allem Aufgabe der Parteien und Politiker, diese Zusammenhänge vermehrt sichtbar zu machen und sie jenen Kräften entgegenzusetzen, die vom Staat alles Heil erwarten.

### Bestellatalon:

#### Bericht «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat»

Senden Sie mir ... Exemplare dieses Berichtes zu. Den Betrag von 5 Fr. je Exemplar werde ich nach Erhalt mit dem beigelegten Einzahlungsschein überweisen.

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an  
FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

**Allgemeine Richtlinie, kein Konzept**

Als wertvolle Gesamtschau erachtet die FDP die Medien-Gesamtkonzeption. Diese kann bei der bevorstehenden medienpolitischen Auseinandersetzung von Nutzen sein, da zahlreiche, zum Teil seit längerer Zeit anhängige Entscheide grundsätzlicher Bedeutung mit dem Hinweis auf den Bericht der Kommission für eine Medien-Gesamtkonzeption immer wieder hinausgeschoben wurden. Die FDP wertet den Rapport nicht als Konzept, da die darin enthaltenen Lösungsvorschläge nicht in allen Teilen als ausgereift bezeichnet werden können und zum Teil zu idealistische Züge aufweisen, sondern mehr als allgemeine Richtlinie. Sie bedauert insbesondere, dass nicht nur fachliche, sondern auch gesellschaftspolitische Kriterien miteinbezogen wurden, was dem Bericht einen anderen Stellenwert gibt und eine Diskrepanz zwischen Inhalt und Titel zur Folge hat.

Die FDP wendet sich gegen die im Bericht zum Ausdruck kommende Tendenz, im Bereiche der Medien- und insbesondere der Pressefreiheit die Regelungsdichte zu erhöhen, da dies die Gefahr einer Einschränkung dieser Freiheit in sich birgt. Nach Auffassung der Partei hat der Staat nur die Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Medien in der Gesellschaft festzulegen, daneben jedoch der privaten Initiative möglichst breiten Raum zu lassen. Mit den Hauptzielrichtungen für ein «Medien-Gesamtsystem», wie es von der Kommission vorgeschlagen wird, kann sich die FDP im Grundsatz einverstanden erklären; ebenso mit den beiden daraus abgeleiteten «Konzepten». Unterstützung verdient auch die Prioritätenfolge der Kommission; die FDP würde es jedoch begrüßen, wenn der Verstärkung des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes — einem liberalen Postulat — ebenfalls erste Priorität eingeräumt würde. Im übrigen stellt die FDP fest, dass die Mehrheit der Kommission die Haltung der Partei, wie sie in jüngster Zeit zu verschiedenen konkreten medienpolitischen Fragen angenommen hat, ebenfalls teilt.

Zur Abstimmung über das neue Ausländergesetz.

**Stabilisierungsbemühungen gesetzlich verankern**

Am 6. Juni gelangt auf eidgenössischer Ebene neben der Revision des Strafgesetzbuches (Gewaltverbrechen) — diese Vorlage wurde in der letzten «Freisinn»-Nummer vorgestellt — auch das neue Ausländergesetz zur Abstimmung. Auf Seite 5 dieser Ausgabe äussern sich Befürworter und Gegner des Gesetzes; Christian Beusch stellt es kurz vor:

Die geltende Regelung datiert aus dem Jahre 1931 und wurde als Rahmengesetz ausgestaltet. Obwohl sie 1948 einer Revision unterzogen wurde, vermag sie nicht mehr zu genügen. Vorab wird es als wenig befriedigend erachtet, dass wesentliche Elemente der schweizerischen Ausländerpolitik auf Verordnungen, Weisungen und Kreisschreiben beruhen.

**Opposition der Ueberfremdungsparteien**

Gegen das Gesetz war von den Ueberfremdungsgruppierungen — allen voran der Nationalen Aktion (NA) — das Referendum ergriffen worden. Deren Opposition richtet sich weniger gegen einzelne Artikel als vielmehr, wie NA-Zentralpräsident Hans Zwicky erklärte, «gegen die Grundtendenz des Gesetzes und seine Zielsetzung sowie gegen die Unehrllichkeit von Parlament und Bundesrat». Kritisch dem Gesetz gegenüber stehen auch Kreise der extremen Linken, da deren weitergehende Forderungen — wie etwa die politische Gleichstellung der Ausländer mit den Schweizern — in der Vorlage keinen Niederschlag gefunden haben. Vorbehalte bringen, da das Saisonierstatut entgegen ihren Vorstellungen erneut im Gesetz verankert wurde, zudem die Initiativen der von Volk und Ständen deutlich abgelehnten sogenannten Miteinander-Initiative an: sie haben sich dennoch für ein Ja ausgesprochen. Den Bedenken, die von gewerblicher Seite vorgetragen wurden, haben die eidgenössischen Räte weitestgehend Rechnung getragen, so dass nun das neue Ausländergesetz auch aus diesen Kreisen Zustimmung geniesst.

Das Gesetz verankert erstmals den Grundsatz der Stabilisierungspolitik, bestätigt das Saison-

nierstatut, bringt einen verbesserten Rechtsschutz des Ausländers, hält den Vorrang des Schutzes des Arbeitsplatzes für den Einheimischen fest, verstärkt die Massnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung der Ausländer, regelt den Familiennachzug, legt die Rechtsstellung der Ausländer entsprechend der Dauer ihres Aufenthaltes fest.

Neu geordnet werden die Bestimmungen über die politische Tätigkeit der Ausländer. Diese dürfen sich politisch betätigen, soweit sie dadurch die innere und äussere Sicherheit der Schweiz oder die innere Sicherheit eines Kantons nicht gefährden. Ausgeklammert sind bei der politischen Tätigkeit weiterhin die eigentlichen politischen Rechte wie Stimm-, Wahl-, Referendums- und Initiativrecht. — Generell

**Geist und Inhalt des neuen Gesetzes**

Der Zweckartikel des neuen Gesetzes bringt sowohl dessen Inhalt wie dessen Geist zum Ausdruck: «Dieses Gesetz regelt Ein- und Ausreise sowie Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern; bezweckt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Bestand der schweizerischen und dem der ausländischen Wohnbevölkerung unter Berücksichtigung der staatspolitischen, wirtschaftlichen, demographischen, sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Interessen des Landes; räumt den Ausländern eine Rechtsstellung ein, welche die menschlichen Anliegen und die Dauer ihrer Anwesenheit berücksichtigt sowie ihre Eingliederung in die schweizerische Gemeinschaft erleichtert, und gewährt hierfür den notwendigen Rechtsschutz.»

wird das geltende Recht an die heute auf nationaler und internationaler Ebene vorherrschenden Auffassungen angepasst.

**Am Saisonierstatut wird festgehalten**

Umstritten blieb bei der Beratung des neuen Gesetzes in den eidgenössischen Räten das Saisonierstatut. Von der Tatsache geleitet, dass die Tätigkeit in bestimmten Regionen und Erwerbszweigen auch inskünftig von den Jahreszeiten bestimmt wird, sprachen sie sich jedoch mit deutlichen Mehrheiten für dessen Beibehaltung aus; zumal eine Aufhebung eine erhebliche Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung zur Folge hätte. Neu besteht ein Anspruch auf Umwandlung der Saisonbewilligung in eine Aufenthaltsbewilligung unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Zudem soll die für die Umwandlung erforderliche Aufenthaltsdauer neu auf 32 Monate innert vier aufeinanderfolgenden Jahren festgelegt werden. Im neuen Gesetz ist ferner eine genauere Abgrenzung des Saisonierstatuts ebenso vorgesehen wie eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten

**Stabilisierungspolitik endlich gesetzlich verankert**

Die von der Landesregierung nun seit einigen Jahren konsequent und beharrlich sowie mit Erfolg betriebene Politik der Stabilisierung der Ausländerzahl und der Schaffung eines zahlenmässig ausgewogenen Verhältnisses zwischen Ausländern und Einheimischen soll gesetzlich verankert werden. Der Bundesrat kann gemäss den vorgesehenen Bestimmungen zu diesem Zweck die Zahl der erstmaligen Aufenthaltsbewilligung für erwerbstätige Ausländer begrenzen. Auch für Saison- und Grenzgängerbewilligungen können Höchstzahlen fixiert werden.

Das neue Gesetz fand komfortable Mehrheiten in den eidgenössischen Räten. Es ist ihm die Zustimmung von seiten aller vier Bundesratsparteien — CVP, FDP, SP und SVP — gewiss, wie sich auch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in positivem Sinne aussprechen. Unterstützung, wenn auch mit wenig Begeisterung, dürfte es auch von seiten des Gewerbes erfahren. Dagegen ausgesprochen haben sich bis anhin nur die Ueberfremdungsgruppierungen, die auch die Referendumsinitianten waren.



Dem neuen Ausländergesetz liegen nach den Worten von Bundesrat Furgler (unser Bild zeigt ihn anlässlich einer Aussprache zu diesem Thema im Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverband) im wesentlichen folgende Ziele zugrunde:

- Verwirklichung eines ausgewogenen Verhältnisses im Bestand der schweizerischen und der ausländischen Wohnbevölkerung;
- Verankerung der Rechtsstellung der Ausländer, welche ihnen — der Dauer ihrer Anwesenheit entsprechend — die Eingliederung erleichtern soll;
- Anpassung des geltenden Rechts an die heute auf nationaler und internationaler Ebene herrschenden Auffassungen.

**Kongress der Liberalen Weltunion**

Der diesjährige Kongress der Liberalen Weltunion, der Vereinigung liberaler Parteien, der auch die FDP der Schweiz angehört, findet in Den Haag statt. Parteimitglieder, die daran interessiert sind, am Kongress teilzunehmen, wollen sich bitte mit dem Generalsekretariat der Partei in Verbindung setzen, Tel. (031) 22 34 38.

# Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



20 Stück/Fr. 8.—

Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam mélangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.



Cigarros Autenticos.

Vor der Eidgenössischen  
Volksabstimmung  
vom 6. Juni

## Pro und contra zum neuen Ausländergesetz

Steht die Schweiz vor einer neuen überfremdungspolitischen Auseinandersetzung? Die Antwort auf diese Frage wird erst nach dem 6. Juni gegeben werden können. Dann nämlich werden sich die Stimmberechtigten zum neuen Ausländergesetz zu äussern haben, das von den eidgenössischen Räten in der Sommersession des vergangenen Jahres gutgeheissen wurde. Der Nationalrat pflichtete ihm mit 130 zu 12 Stimmen zu, in der kleinen Kammer stand 34 Ja eine Nein-Stimme gegenüber: Der Urnengang wurde deshalb nötig, weil dagegen von Ueberfremdungsgruppierungen das Referendum erfolgreich ergriffen wurde. Aber auch innerhalb der FDP-Fraktion gibt es — zumindest einen — Gegner: Nationalrat Dr. Otto Fischer. Einige

weitere Parlamentarier, wie beispielsweise Nationalrat Karl Flubacher, stehen dem neuen Gesetz mit gemischten Gefühlen gegenüber; neben positiven und deshalb begrüßenswerten Elementen finden sie in der Vorlage auch Teile, die bei ihnen auf Widerspruch stossen. Die Fraktion selbst sprach sich — wie auch die Partei im Vernehmlassungsverfahren — unmissverständlich für das Gesetz aus. Diese Haltung bringt in dieser «Freisinn»-Umfrage Nationalrat Burkhard Vetsch zum Ausdruck. Ebenfalls positiv zum Gesetz stellt sich ein Experte in Ausländerfragen, der (freisinnige) Präsident der in den letzten Jahren sehr aktiv gewordenen Eidgenössischen Kommission für Ausländerprobleme, Bundesrichter Dr. Rolf Raschein.

Welches sind — kurz zusammengefasst — Ihre befürwortenden bzw. ablehnenden Argumente?

Wird mit dem Ausländergesetz die mehrfach abgegebene Zusicherung der Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung eingehalten?

Wie setzen Sie die Prioritäten bei den Eingliederungsbemühungen der Ausländer in die schweizerische Gesellschaft?

Das neue Ausländergesetz wurde zum Teil als indirekter Gegenvorschlag zu der inzwischen vom Souverän überaus deutlich verworfenen sogenannten Mitenand-Initiative konzipiert. Ist man mit dem Gesetz den Initianten des Volksbegehrens nicht zu weit entgegengekommen?



Bundesrichter Dr. Rolf Raschein (FDP),  
Präsident der Eidgenössischen  
Kommission für Ausländerprobleme

Das geltende Ausländerrecht ist unübersichtlich; zahlreiche wichtige Grundsatzfragen sind nur durch Verordnungen geregelt. Das neue Gesetz bringt eine klare, einfache und zweckmässige Regelung, umschreibt die Rechte und Pflichten des Ausländers in den wesentlichen Grundzügen und ermöglicht die Ueberprüfung der behördlichen Entscheide in einem rechtsstaatlich einwandfreien Verfahren. Die Rechtsstellung des Ausländers wird mit zunehmender Aufenthaltsdauer in unserem Land verbessert.

Ja. Art. 29 verpflichtet den Bundesrat, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit dieses Ziel erreicht bzw. der bereits erreichte Stabilisierungszustand beibehalten werden kann.

Vermittlung von Sprachkenntnissen, auch Mundart; möglichst harmonische Eingliederung der ausländischen Kinder in die schweizerischen Schulen; offene Haltung aller schweizerischen kulturellen Organisationen im weitesten Sinn, von der Kirche bis zum Dorfverein, gegenüber den Ausländern, vor allem den jungen, die in der Schweiz aufgewachsen sind.

Nein. Von einem Gegenvorschlag kann eigentlich nicht gesprochen werden. Die Vorarbeiten für das Gesetz gehen bis 1974 zurück, die Mitenand-Initiative wurde erst 1977 eingereicht. Bei der Abstimmung über diese hat ein erheblicher Teil des Volkes nein gestimmt, weil ihm die bereits bekannten Grundzüge des neuen Gesetzes besser zusagten als die zu weit gehenden Forderungen der Initianten.



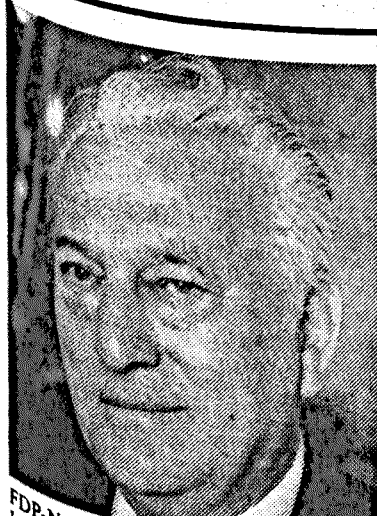
FDP-Nationalrat Dr. Otto Fischer, Bern

Das Gesetz missachtet die Interessen unseres Landes zugunsten der Ausländer. Es vermindert die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zugunsten der nicht arbeitenden ausländischen Wohnbevölkerung. Um eine weitere Zunahme der ausländischen Bevölkerung zu verhindern, wird die Zahl der Saisoniers in krasser Weise reduziert werden müssen. Die Saisonbranchen, vor allem der Berggebiete, bezahlen die Kosten.

Es ist durch die vom Bundeshaus veröffentlichten Zahlen eindeutig nachgewiesen, dass die Stabilisierung der Ausländer mit dem neuen Gesetz unmöglich wird, es sei denn, man reduziere die Zahl der Saisoniers um rund einen Viertel oder 26 000 Personen pro Jahr. Der Bundesrat wäre an die durch das Gesetz vorgeschriebene Fremdarbeiterpolitik gebunden, und Erklärungen von bundesrätlicher Seite, dass man die Saisoniers dann nicht reduzieren werde, würden zu klaren Gesetzesverletzungen führen.

Jede künstliche Massnahme zur Assimilation der Ausländer ist zu vermeiden. Der Eingliederung derjenigen Ausländer, die eine solche tatsächlich wünschen, ist kein Hindernis in den Weg zu legen. Dies gilt vor allem für die zweite Generation.

Das Ausländergesetz realisiert einen entscheidenden Teil der Mitenand-Initiative, die von Volk und Ständen so massiv verworfen worden ist. Es bildet einen Affront gegen die Stimmbürger, die das hochgespielte Getue der Mitenand-Leute — die das Gesetz jetzt ja unterstützen — so deutlich zurückgewiesen haben!



FDP-Nationalrat Karl Flubacher,  
Laufelfingen/BL

Für das Gesetz spricht, dass es übersichtlich ist. Vieles, das unter dem aus dem Jahre 1931 stammenden ANAG auf Verordnungsstufe geregelt ist, wird im neuen Ausländergesetz klar geregelt. Gegen das Gesetz spricht die Tatsache dass das Saisonierstatut, welches mithilft, die Ueberfremdungsprobleme abzuschwächen, durch die Verkürzung der Umwandlungsfristen mittelfristig ausgehöhlt wird.

Mit dem neuen Ausländergesetz kann die Stabilisierung nicht eingehalten werden. Sicher wird kein sprunghafter Anstieg der Ausländerzahlen zu erwarten sein. Entscheidend ist, ob die Integrationsbestrebungen für die zweite Generation erfolgreich sind. Wenn die Saisonierzahlen nicht reduziert werden, was volkswirtschaftlich wie politisch unsinnig ist, steigen die Ausländerzahlen an.

Zwangswise Eingliederungsbemühungen, wie sie gewissen Linken vorschweben, sind abzulehnen. Wie ein Schweizer im Ausland darf ein Ausländer in der Schweiz seine Eigenart bewahren. Eingliederungsmöglichkeiten wie z. B. Sprachkurse und Vorträge über Kultur und Geschichte sind anzubieten. Eine gezielte Eingliederung der zweiten Generation ist vorzubereiten. Sie stösst aber heute noch an die Grenze bei den Einbürgerungsmöglichkeiten.

Die vorbereitenden Kommissionen wurden ständig mit der Mitenand-Initiative unter Druck gesetzt. Kirchen und Linke haben nicht unterlassen, unser Land in Misskredit zu bringen. Es stimmt nicht, dass es sich um einen indirekten Gegenvorschlag handelt. Die Herabsetzung der Umwandlungsfristen bei den Saisoniers von 36 auf 32 Monate ist ein Erfolg für die Mitenand-Initiative-Leute, womit sie allerdings das Referendum provoziert haben und damit das Gesetz in Frage stellen. Hätte der Ständerat endgültig nicht zehn Tage vor, sondern nach der niederschmetternden Abstimmung über die Initiative entschieden, wäre er bestimmt auf seine ersten Beschlüsse nicht zurückgekommen.



FDP-Nationalrat Burkhard Vetsch,  
Balgach/SG

Wir bekommen mit dem neuen Ausländergesetz eine gute Grundlage und klare Orientierung für unsere Ausländerpolitik. Den Bedürfnissen unserer Gastarbeiter einerseits und denjenigen unseres Landes andererseits wird ausgewogen entsprochen. Das für unsere Volkswirtschaft und insbesondere für benachteiligte Regionen bedeutungsvolle Saisonierstatut, das vom Grossteil dieser Arbeitskräfte begrüsst wird, wird neu im Gesetz (nicht nur in der Verordnung) verankert und damit für die Zukunft gesichert.

Die Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung in unserem Land ist eine Zielsetzung unserer Ausländerpolitik. Das neue Gesetz erwähnt diese im Zweckartikel: Es sei unter Berücksichtigung aller Interessen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Bestand der schweizerischen und dem der ausländischen Wohnbevölkerung zu verwirklichen. — Nicht ein Gesetz garantiert allein einen bestimmten Erfolg; Voraussetzung ist immer auch der Wille der Behörde und der Bevölkerung, es durchzusetzen. In diesem Punkt haben sie seit langem Festigkeit bewiesen.

Der Wille zur Eingliederung muss primär beim Ausländer selber vorhanden sein. In den Betrieben und Gemeinden müssen gute Voraussetzungen geschaffen werden: am Arbeitsplatz, in Vereinen, Parteien usw. Die Arbeitsgemeinschaften, regional getragen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie den Gemeinden, können durch ihren Beratungsdienst, durch Sprachkurse und Informationen erfolgreiche Hilfe leisten.

Weil die Initianten überaus starken Druck auf das Parlament insbesondere bezüglich Saisonierstatut ausgeübt haben, ist der Gesetzgeber den Gegnern dieses Statuts weiter entgegengekommen als der bundesrätliche Vorschlag. Dennoch bin ich der Auffassung, dass das Gesetz einen gut vertretbaren Kompromiss darstellt, in dem nicht einseitig ein Standpunkt durchgesetzt worden ist. Das beweist die sich extrem widersprechende Gegnerschaft: den einen ist das Gesetz zu ausländerfreundlich, den andern zu ausländerfeindlich!

Orientierungsfahrt des FDP-Presseverbandes

## Neuenburg — Ein Kanton im Wandel

Seit einem Jahrzehnt bemächtigt sich der Uhrenindustrie immer deutlicher eine Krise, die zu ernstesten Sorgen Anlass gibt. Zunächst umfasst der Wirtschaftszweig den ganzen Jura vom Baselbiet bis Genf und wichtige Teile des Aaretals. Auch nimmt er in diesem Bereich eine beherrschende Stellung in Wirtschaft und Arbeitsmarkt ein. Im weitem liegt heute nicht bloss eine konjunkturelle Abschwächung vor, wie die Branche sie seit je gewohnt war, sondern der Zwang zu einer grundlegenden, auch strukturellen Umkehr, welcher sowohl von der Nachfrage wie von den Mitbewerbern um die Auslandmärkte ausgeht. Wohin die Neuorientierung genau zielen sollte, ist nicht

(GS) Aber zugleich wären stichhaltige Antworten dringend, weil die technologische Entwicklung wie der Wandel der Absatzmärkte sich in Windeseile vollziehen, und allenthalben steht hinter der fremden Konkurrenz ein erhebliches Potential an privaten wie öffentlichen Mitteln. Gerade in den Hauptzentren unserer Uhrenindustrie hat jedoch das risikobereite Kapital während der letzten Jahrzehnte erheblich abgenommen, weil die Wechselfälle der Entwicklung schon früher beträchtliche Neuinvestitionen erforderten.

### Wagnis mit neuen Industrien

Aus einer regionalen Notlage hat sich die Uhrenkrise heute zu einem Problem von nationalem Rang entwickelt. Daher tat der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presseverband 1982 gut daran, seine jährlich wiederkehrende Orientierungsfahrt nach Neuenburg auszurichten. Er traf dort auf einen Kanton, der in vollem Umbruch begriffen ist, aber auch auf Schweizer, welche trotz dem Ernst der Lage fest an ihre Chancen glauben und energisch auf deren Wahrung hinarbeiten. Yann Richter, Präsident der Frei-

sinnig-Demokratischen Landespartei, machte die Presseleute darauf aufmerksam, dass eine mechanische Uhr früher aus 100 bis 120 Elementen bestand, während die neue elektronische Uhr mit 26 Bestandteilen auskommt. Schon aus diesem konstruktiven Grund, aber vor allem wegen des harten fremden Wettbewerbs hat der Kanton Neuenburg im letzten Jahrzehnt 11 000 Arbeitsplätze und 10 000 Einwohner verloren. Nach dem Bruttosozialprodukt gemessen, ist Neuenburg vom 7. in den 17. Rang unter den Kantonen zurückgefallen.

Aber nach wie vor sind 194 Fabriken und 11 400 Arbeitskräfte mit der Herstellung moderner, ja zukunftsweisender Uhren beschäftigt. Auch arbeiten Industrielle, Banken, Liegenschaftsverwalter, Behörden von Kanton und Gemeinden intensiv an dem Aufbau einer mikro-elektronischen und mikro-mechanischen Industrie, und hinter diesen Operationen stehen eine praxisbezogene Forschung sowie intensive Entwicklungsarbeiten. Obwohl es fünf Jahre braucht von der ersten Erfindung bis zur Serienfertigung des entsprechenden Produkts, konnten bisher mit Unterstützung von Kanton und Bund etwa 30 neuartige Fabrikate in Auftrag gegeben werden, was Investitionen von insgesamt 50 Mio. Fr. erforderte und 500 neue Arbeitsplätze schuf. Die Energie und Erfahrung der Fabrikanten verdienen gleichviel Vertrauen wie die Intelligenz und das Geschick der für sie arbeitenden Gelehrten und Konstrukteure.

### Bessere Verbindungen

Aber der Industriestandort Neuenburger Jura muss noch wesentlich aufgewertet werden. Denn der Verkehr über die «Vue des Alpes» zwischen Neuenburg und La Chaux-de-Fonds (1200 m ü. M.) ist im Jahresdurchschnitt intensiver als die Frequenz des San-Bernardino-Passes, und dasselbe gilt vom Jura zwischen Marchairuz und Passwang im Vergleich mit der Alpenkette zwischen Bünden und Unterwallis. Aber Neuenburg wartet nach wie vor auf die N 5 am westlichen Seeufer und eine Untertunnelung der Jurakette vor La Chaux-de-Fonds.

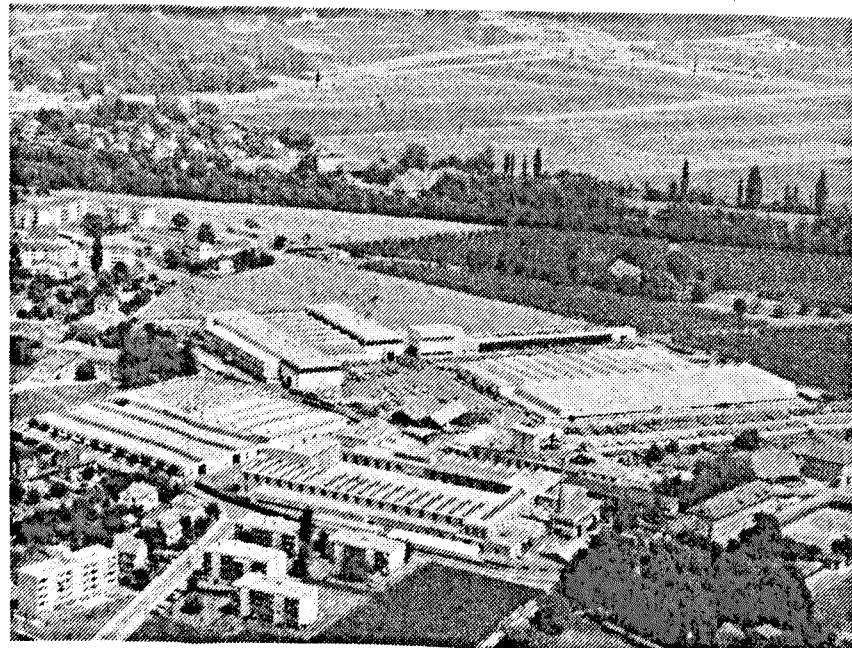
Das verkehrspolitische Element stand im Mittelpunkt der

Betrachtungen von Staatsratspräsident André Brandt. Seit 1947 habe der Kanton 190 Mio. Fr. in Staatsstrassen, 55 Mio. in der N 5 entlang dem Seeufer sowie jährlich 5 bis 7 Mio. in der Defizitdeckung für die Privatbahnen investiert. Solche Leistungen berechtigten ihn, die Vollendung der N 5 im ursprünglich geplanten Rahmen sowie die Aufnahme der Verbindung von La Chaux-de-Fonds mit Bern unter die Nationalstrassen zu fordern. Diese Begehren seien nicht bloss für die Automobilisten wichtig, sondern für die wirtschaftliche Gesundung der Region im allgemeinen.

Im weitem ergab sich, dass von den 150 Kursen zu 30 Teilnehmern über die wärmetechnische Sanierung bestehender Bauten gleich 7 nach Neuenburg verlegt wurden, um der darniederliegenden Bauwirtschaft dieses Kantons neue Impulse zu geben. Auch berichtete Dr. Waldemar Jucker, Direktor des Bundesamtes für Konjunkturfragen, von der Software-Schule in der Kantonshauptstadt, die in sechsmonatigen Kursen den unter Maschinen- und Elektroingenieuren verbreiteten Mangel an Kenntnissen über die Software-Technologie beheben. Unter den 210 Hörern befanden sich in steigendem Masse Neuenburger. Noch wichtiger war für Neuenburg die Förderung der anwendungsorientierten Forschung und Technik, besonders der Verknüpfung von Feinmechanik und Elektronik. Auch die Entwicklung von Computerprogrammen oder grundsätzliche elektronische Versuchsreihen kommen an den neuenburgischen Forschungsstätten zur Geltung.

### Wie die Trümpfe ausspielen?

Die Schwierigkeiten Neuenburgs werden in der Schweiz viel zu einseitig im Zusammenhang mit der Uhrenkrise gesehen, fand J.-P. Kernen. In Wirklichkeit spiegeln sie nur auf engem Raum die weltweite Neuverteilung der Karten im Kampf um das wirtschaftliche Gedeihen. In diesem Ringen besitzt die Industrie des Kantons eine Reihe wichtiger Trümpfe: Erfahrung in raffinierter Präzisionsarbeit auf breitem Rahmen, Werkhallen für beliebige Produktionsrichtungen, vollautomatisierte, oft schon elektronisch ausgerü-



Dass die Neuenburger Industrie die Herausforderung der Zeit aufnimmt, zeigt beispielsweise die Innovationsbereitschaft der Kabelwerke Cortailod (unser Bild), die mit ihren direkten Konkurrenten in Cossonay und Brugg die Cabeloptic S. A. gründete, die sich auf die Herstellung von Glasfaserkabel spezialisiert. Diese Firma hat ihren Sitz in Neuenburg und sichert damit zahlreiche Arbeitsplätze.

## Gesamtschau mit Schwächen

Der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presseverband zur Medien-Gesamtkonzeption

Der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presseverband erachtet den Versuch der Expertenkommission für eine Mediengesamtkonzeption, sämtliche Medien unseres Landes einer Gesamtschau zu unterziehen und Grundlagen für die drängenden medienpolitischen Entscheide bereitzustellen, als wertvoll. Mit den Grundzügen der Konzeption — Freiheitlichkeit so viel wie möglich, staatliche Regulierung soweit nötig, staatliche Unterstützung soweit unerlässlich — kann sich der Verband als Zusammenschluss liberal gesinnter Medienschaffender einverstanden erklären. Dieser proklamierte Geist der Freiheitlichkeit, der bisher vor allem das Funktionieren einer lebendigen Presse gewährleistet hat, darf allerdings durch die vorgeschlagenen neuen Realisierungsinstrumente — wie die Eidgenössische Medienkommission, den Medienfonds oder das Medienunterstützungsgesetz — nicht gefährdet werden.

Positiv wertet der Presseverband, dass der Expertenbericht Probleme aufzeigt; so beispielsweise die unbefriedigende Journalistenausbildung oder die mangelnden Rechtsgrundlagen im Telekommunikationsbereich. Enttäuscht ist er hingegen, dass in zentralen Fragen, wie dem Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und Medien, insbesondere der Finanzierung von Medienleistungen durch Werbung, in der Gesamtkonzeption nicht klar Stellung bezogen wird. Statt dessen werden statistische Forderungen erhoben, wie die nach einem Insertionsgesetz, nach einer Umverteilung der finanziellen Mittel, welche die eingangs deklarierte freiheitliche Prinzipientreue erheblich in Zweifel ziehen. Auch in einzelnen Vorschlägen zur Ausgestaltung der inneren Medienfreiheit erblickt der Presseverband unfreiheitliche und zentralistische Tendenzen, die er ablehnt.

stete Werkzeugmaschinen und namentlich eine hochqualifizierte Arbeitskraft, die gleich den Kadern für neue Wagnisse bereit ist.

Aber ausspielen kann Neuenburg seine Trümpfe vorerst nur mit auswärtiger Hilfe. Daher schweben Verhandlungen über die Niederlassung ausländischer Konzerne. Noch besser würde dem Kanton Beistand aus der übrigen Schweiz liegen. So hat das Kabelwerk Cortailod (Neuenburg) mit direkten Konkurrenten in Cossonay und Brugg wie auch unter Assistenz der PTT und der Hasler AG die Cabloptic S. A. errichtet, die Kabel aus Glasfaser für die verschiedensten elektrotechnischen Zwecke herstellt. Die Glasfaser ist nicht nur leichter und dünner als das bisher gebräuchliche Material. Sie kann auch nach Belieben eingehüllt werden. Sie überträgt den Strahl rascher und vermag selbst kurze Punkte sauber zu übertragen. Aber vor allem weist sie eine weit höhere Übertragungskapazität auf, bis zu 15 000 Telefongesprächen oder 15 TV-Programme zur selben Zeit. Produkte der Neugründung stehen gegenwärtig in Bern und in der nördlichen Waadt versuchsweise im Einsatz.

Wer kann den Neuenburgern andere erfolversprechende Projekte nennen? Und wer unterstützt sie mit dem erforderlichen Kapital? Diese Fragen sind auch politisch von höchster Bedeutung.

### Neue Phase

Mit der Veröffentlichung der Botschaft über die Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst und die Bestellung der vorbereitenden Kommissionen der eidgenössischen Räte ist diese Frage in eine neue Phase getreten. Nach Ansicht der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) braucht die Schweiz sämtliche Energieträger, welche eine Versorgung garantieren, die ausreichend und sicher, volkswirtschaftlich optimal sowie umweltgerecht ist. Dieser Tatsache ist bei den bevorstehenden Diskussionen ebenso Rechnung zu tragen wie der Feststellung des Bundesrates, der die Notwendigkeit eines weiteren Kernkraftwerkes in den neunziger Jahren bejaht, da das Bedürfnis für einen entsprechenden Inlandbedarf ausgewiesen ist.

Bei ihrem Entscheid werden die eidgenössischen Räte davon auszugehen haben, dass sie nur die Frage des Bedarfes zu prüfen haben, da die übrigen Voraussetzungen nach dem im Atomgesetz vorgesehenen Verfahren zu beurteilen sind und die Standortbewilligung nicht im Widerspruch werden kann. Im Widerspruch stehen noch nicht zur Diskussion stehenden Baubewilligungsverfahren sind nach Auffassung der FDP Auflagen hinsichtlich der Erdbebensicherheit zu erfüllen sowie der Ausweis einer umfassenden Notfallplanung zu erbringen.

Die Partei erinnert daran, dass rechtsstaatliche Demokratie eine Verpflichtung für die Behörden auf Respektierung des geltenden Rechtes auferlegt. Dem Verfahren, wie es in diesem Falle zur Abwicklung gelangt, wurde von den Stimmberechtigten in einer eidgenössischen Abstimmung am 20. Mai 1979 mit der Gutheissung des Atomgesetzes beigegeben.

Die FDP ist sich bewusst, dass die Auseinandersetzung über die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses zur Erteilung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst zweifelsohne emotional ausfallen wird, doch appelliert sie an alle, diese in demokratischer rechtsstaatlicher Weise zu führen und deren Resultat zu respektieren.

### Oeffnung des FDP-Presseverbandes

An seiner Generalversammlung verabschiedete der FDP-Presseverband, der über 230 Mitglieder zählt und von Chefredaktor Dr. Rudolf Gerber («Der Landbote») präsidiert wird, einstimmig neue Statuten, die eine gewisse Oeffnung des Verbandes bringen sollen. Als Aktivmitglieder sollen ihm «dem liberalen Gedankengut verpflichtete und der FDP nahestehende Redaktoren und Mitarbeiter von Presse, Radio und Fernsehen» angehören können, während Persönlichkeiten, die sich einer liberalen Publizistik verbunden fühlen, neu als «Fördermitglieder» aufgenommen werden können. Der Verband will sich in Zukunft vermehrt der Behandlung medienpolitischer Fragen zuwenden. Bedeutsam ist auch die Aufgabe, den Instanzen der schweizerischen FDP in Medienfragen beratend zur Seite zu stehen und deren Medienverständnis zu stärken.

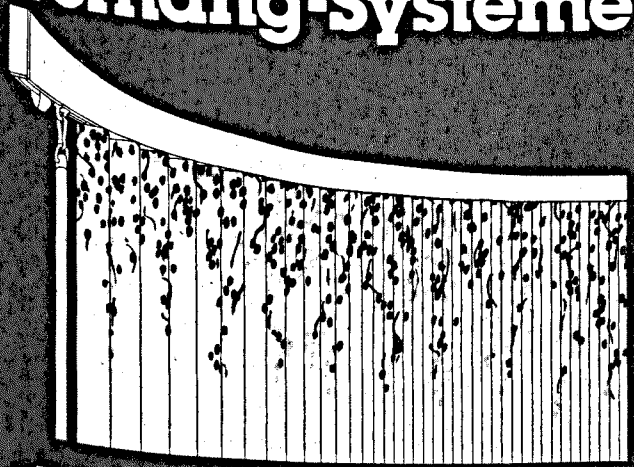
J.VONTOBEL & CO.  
Bankiers

Vermögensverwaltung und Beratung  
für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11



# SilentGliss für Vorhang-Systeme



**VonDach + Co** SilentGliss  
 Von Dach+Co. 3250 Lyss. Tel. 032 84 27 42

## ERFOLGREICHE MUSTERREDEN FUER FUEHRUNGSKRAEFTE

Jetzt wird es Ihnen leicht fallen, bei allen beruflichen und privaten Verpflichtungen durch brillante Reden und durch geschickte und souveräne Konferenzführung zu glänzen. Denn jetzt können Sie die rhetorischen Erfolge anderer zu Ihrem persönlichen Erfolg machen.

Beim Reden, Verhandeln, Diskutieren und Debattieren zeigt es sich, ob eine Führungskraft Mittel-mass bleibt oder zu Höherem berufen ist.

Sie können nun jederzeit als sicherer Redner auftreten. Das neue Loseblattwerk gibt Ihnen anhand mannigfaltiger Musterreden und Fallbeispielen eine Fülle von Tips, die Sie in Ihrem beruflichen Wirken jederzeit sicher, schnell und praxisnah anwenden können.

Dieses Loseblattwerk mit seinen über 1000 Ideen stellt Ihnen zahlreiche Musterreden vor, die immer aktuellen Bezug zum Zeitgeschehen haben. Reden zu beruflichen und privaten Anlässen, aber auch zu öffentlichen Veranstaltungen.

Darüberhinaus erfahren Sie durch dieses Nachschlagewerk z.B. auch

- wie Sie durch Mentaltraining Redehemmungen abbauen können,
- welche Stilmittel die Ueberzeugungskraft steigern,
- wie Sie die Aufmerksamkeit Ihrer Zuhörer gewinnen,
- welche Verhandlungsmethoden erfolgversprechend sind,
- wie Sie in Debatten und Diskussionen die Oberhand gewinnen.

Checklisten, Tests, Formulierungsmuster sowie eine Zitate- und Anekdotensammlung machen es Ihnen leicht, eigene Reden in kürzester Zeit und mit durchschlagendem Erfolg selbst zu erstellen.

Dieser unentbehrliche Helfer wird jährlich durch 3-4 Ergänzungslieferungen aktualisiert und vervollständigt. Die Aktualisierungen werden den Bestellern zum Seitenpreis von 30 Rappen sofort nach Erscheinen zugesandt. Eine Abbestellung ist jederzeit möglich. Sie haben so stets ein umfassendes Arbeitsmittel zur Hand. Ein Nachschlagewerk, das nie veraltet, d.h. immer der Zeit und dem aktuellen Wissensstand entspricht.

Am besten bestellen Sie sofort, indem Sie den untenstehenden Coupon in ein Couvert stecken und einsenden an:

WEKA-VERLAG AG  
 Flüelastrasse 47, Postfach,  
 8047 Zürich  
 Tel. 01 / 52 80 18

Sie erhalten Ihr Werk postwendend.  
 Ich bestelle      Ex. ERFOLGREICHE MUSTERREDEN  
 FUER FUEHRUNGSKRAEFTE  
 Grundwerk 2 Ordner,  
 ca. 1750 Seiten, Fr. 189.--  
 (Bestell-Nr. 2700)

Herr/Frau: .....  
 Firma: .....  
 Strasse: .....  
 PLZ/Ort: .....

NR 1397

# OSTSCHWEIZ

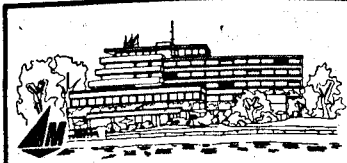
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof  
 Tel. (071) 23 35 35  
 Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
 de la Confrérie de la  
 Chaîne des Rôtisseurs



ASH  
 AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE  
 9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delwa

Charly's Rôtisserie  
 Gartenrestaurant  
 Seeterrasse beheizt  
 Delphin-Bar  
 Seminar-Departement

Grosser Dachgarten  
 mit geheiztem Schwimmbad  
 Hot Whirl-Pool Sauna Fitness  
 Grosser Parkplatz

## Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



**Am Gallusplatz**  
 Restaurant gastronomique  
 9000 St. Gallen  
 (vis-à-vis Kathedrale)  
 H. J. Sistik, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance  
 (erbaut 1606 - restauriert 1974)  
 Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr  
 Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant  
 Gewölbekeller für Gesellschaften

**Gasthof Hirschen**  
 Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft.  
 Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof  
 CH-8268 Salenstein  
 Telefon (072) 84 16 44  
 (Dienstag geschlossen)

Als erfahrene Bauherren entwickeln und begleiten wir Ihre Bauprojekte von der Grundidee bis zur Nutzung.

**Spaltenstein**

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
 SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
 TELEFON 01 316 13 00

**Spross**  
**Ga-La-Bau**  
 Garten- und Landschaftsbau für Ihre sympathische Umwelt  
 Spross Zürich 01-35 45 55

Geben Sie Ihre Fotos in bessere Hände.

Verlangen Sie vom Fotolabor genau soviel Sorgfalt, wie Sie sich beim Fotografieren Mühe geben. Zum Beispiel für

**Top-Qualitäts-Kopien - bis morgen, 16.00 Uhr.**

Unsere Top-Qualitätskopien sind über dem Durchschnitt • Sie werden mehrfach farbkorrigiert und erhalten eine feine, seidenmatte Oberfläche • Die Negative übergeben wir in separater, filmschonender Tasche • Rückgaberecht für jede Kopie, die Sie nicht zufriedenstellt • Kopienpreis nur Fr. 1.10 • Gratis-Treue-Bon (für Farbvergrößerungen) für jeden zum Entwickeln und Kopieren übergebenen Farbfilm • Heute bringen - morgen ab 16.00 Uhr holen.

Gratis

erhalten Sie einen Extra-Treue-Bon für Farbvergrößerungen, wenn Sie dieses Inserat mitbringen. An die Bahnhofstrasse 40 oder Albisstr. 8 in Zürich. DF4 R N16

foto

GANZ

Es gibt nur ein

**Möbelzentrum Service-Stellen**  
 mit nahezu 400

in der ganzen Schweiz.  
 Qualitätsmöbel-Garantie-Service.



Möbelzentrum des Handwerks

Volketswil: Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Waro. Tel. 01-945 55 81

Zürich: Uraniastrasse 28, vis-à-vis Parkhaus Jelmolli. Tel. 01-211 79 47

Weil es wirtschaftlich notwendige Informationen gibt, ist die Schweizerische Handelszeitung eine wirtschaftliche Notwendigkeit

- Ich bestelle die SHZ für 1 Jahr (52 Nummern Fr. 92.--, Ausland Fr. 104.--)
- Lassen Sie mich die SHZ kostenlos und unverbindlich während 2 Monaten kennenlernen.

x Gewünschtes bitte ankreuzen

Name \_\_\_\_\_  
 Vorname \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_ FDP

Einsenden an Schweizerische Handelszeitung Postfach, 8027 Zürich

SCHWEIZERISCHE Handelszeitung

### Zum Verhältnis zwischen Behörden und Medien

Das Verhältnis zwischen Behörden und Medien ist getrübt. Gezielte und ungezielte Indiskretionen, Verletzungen des Bereiches klassifizierter Informationen und Dokumente, Einzelfälle journalistischer Fehlleistungen und unerpiessliche Versuche der Kartellkommission, mit einem Kodex Verleger, Redaktionen und Inserenten unter einen Hut des Wohlverhaltens zu bringen, geben Anlass, das Verhältnis der Presse zu den Gralshütern der Macht zu überdenken. Das muss nicht so marktschreierisch und bunt geschehen, wie es dem Fernsehen und den farbigen Blättern gefällt, wenn sie stundenlang wohl unentschuldbar, aber keineswegs von System



Diese Gedanken zum Verhältnis zwischen Behörden und Medien äusserte der Präsident des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes, Dr. Rudolf Gerber, Chefredaktor «Der Landbote», Winterthur, unlängst an einer gemeinsamen Tagung des Verbandes mit der FDP-Fraktion der Bundesversammlung.

(Photo ruti)

zeugende Einzelfälle zu Symptomen einer tiefstehenden Vertrauenskrise zwischen den Medien auf der einen und den Behörden auf der andern Seite hochstilisieren. Allzu rasch wird Ungleiches verglichen, wird zum Allgemeinzustand erhoben, was im speziellen Umfeld beurteilt werden müsste.

Und doch haben all diese jüngsten Fälle etwas gemeinsam: sie sind aus Unsicherheit entstanden und haben in ihren Folgen die Unsicherheit noch vergrössert. Die Presse setzt sich gegen Verurteilungen aus geringfügigem Anlass, gegen Geheimniskrämerei und gegen das Gleichsetzen ihrer klärenden Arbeit mit sensationslüsterner Schnüffelei zur Wehr. Dass sie dabei ihre einzige und weitreichende Waffe der Publizität zur Selbstverteidigung einsetzt, darf

ihr nicht verübelt, von ihr aber auch nicht strapaziert werden. Sie bezeichnet sich selbst nicht gern als vierte Gewalt im Staat, hat aber diese Aufgabe zu erfüllen, um keine der andern Gewalten zum Schaden von Demokratie und Freiheit wuchern zu lassen. Die Medien sind in unserem Land nicht in erster Linie marktorientierte Informationsträger, die sich ihren Anteil am vielfältigen Markt durch möglichst verlockende Intimitäten aus der politischen und der Küche des gesellschaftlichen Klatsches erobern müssen. Mit weniger bekannten und damit bereits eingegrenzten Ausnahmen nehmen sich die Medien dem Nachzeichnen und vor allem Erklären der Entwicklung in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft an. Sie sind und bleiben Mittler, aber keine indifferenten, sondern kritische, wachsame und bürgernahe. Sie reagieren sensibel auf das Ausserordentliche, auf Widersprüche oder vorenthaltende Begründungen wichtiger Entscheidungen. Sie sind stolz auf ihre Unabhängigkeit und auf Enthüllungen von Missständen. Aber sie sind nicht unfehlbar in ihren Wertungen, auch wenn sie die eigene Leistung betreffen.

Ich glaube nicht, dass die medieneigene Neugier, das Eintauchen unter die Oberfläche des politischen Alltages, das Forschen nach den Gründen von parlamentarischen Willens- oder Ohnmachtsakten die Journalisten aggressiver werden liess. Die Konfrontation mit einer dauernd zunehmenden Flut von Informationen, mit der Komplizierung wichtiger Entscheidungsprozesse, mit Vorhaben auch, die in ihren Auswirkungen über Generationen hinausreichen, haben die Sicherheit der Journalisten nicht gefördert. Aber sie haben ihr Bedürfnis nach sicheren Informationen vergrössert. Um sie zu erhalten, setzt der Journalist Mittel ein, die wiederum für die Befragten zum Teil neu sind, direkter, rascher und unmittelbarer wirksam. Zudem hat sich jene Aura des unverhältnismässigen Respektes verflüchtigt, die bis vor wenigen Jahren Parlament und Regierung umgab. An ihre Stelle ist ein zerbrechliches Vertrauensverhältnis gerückt, das sich von beiden Seiten nicht missbrauchen lässt und nur durch gegenseitige Offenheit geschützt werden kann. Diese Offenheit ist es, die heute stärker

als sonst die Diskussion über das Informationsverständnis der Behörden nährt. Sie birgt Risiken und Vorteile. Wer seiner Sache sicher ist, braucht die Offenheit nicht zu fürchten. Sie kann ihm nur nützen, wenn er seine Sache vertritt. Wer jedoch mit verdeckten Karten spielt, muss damit rechnen, bei Mogeleyen entdeckt zu werden und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu verlieren. Gegen ein offenes Wort, auch wenn es hart ist, wird bei uns nicht Sturm gelaufen. Wo aus Aengstlichkeit nur die halbe Wahrheit angeboten wird, wird die andere Hälfte rasch zur Beute der schonungslosen Aufdeckung. Dort ist auch das hartnäckige Nachbohren des Journalisten kein Verstoß gegen die Fairness, sondern Erfüllung einer anspruchsvoller gewordenen Aufgabe.

Sicher erleichtern wir Journalisten die Informationsaufgaben der Behörden nicht. Immer rascher müssen mehr und umfassendere Informationen weitergegeben werden, wobei sich kaum mehr jemand darum kümmert, ob sie vom Bürger auch aufgenommen werden können. Um so wichtiger wird es, qualifizierte Informationen fliessen zu lassen, eindeutige und unverklausulierte. Um so wichtiger wird es auch, das öffentlich Zugängliche vom Schützenswerten klarer zu trennen, die defensive Haltung vieler Stellen zugunsten einer offensiven aufzugeben, Informationskompetenzen bedürfnisgerechter zu verteilen und in den Medien Partner in der Information des Volkes und nicht Gegner zu sehen. Das gilt nicht nur gegenüber den etablierten Medien, sondern auch gegenüber den neuen, die auf uns losdrängen. Es müsste auch in die Arbeiten an der Mediengesamtkonzeption einfließen, die nicht für die Medien erlassen, sondern mit den Medien aufgebaut werden sollte. Dann lassen sich auch Konfliktpunkte wie die Werbung in Lokalprogrammen sachgerechter lösen.

Unseren Behörden bleibt nur zu suggerieren, was Journalisten sich von ihnen wünschen: Sie müssen das aus durchaus verständnisvollen Gründen verkrampfte Verhältnis zu den Medien lockern, ihre sachliche Souveränität mit Offenheit paaren und aus der Defensive in die Partnerschaft zur noch besseren Information unseres Volkes treten.



Der Freiheitsbaum von Binnigen, 1832: Die Kantonsgründer, die ihn in die Jakobinermütze «gepflanzt» haben, sind «im Strumpf».

### Ordentliche Delegiertenversammlung und Parteitag der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz

Assemblée ordinaire et congrès des délégués du Parti radical-démocratique suisse

30. April / 1. Mai 1982 in Liestal

le 30 avril et le 1er mai 1982 à Liestal

#### Programm

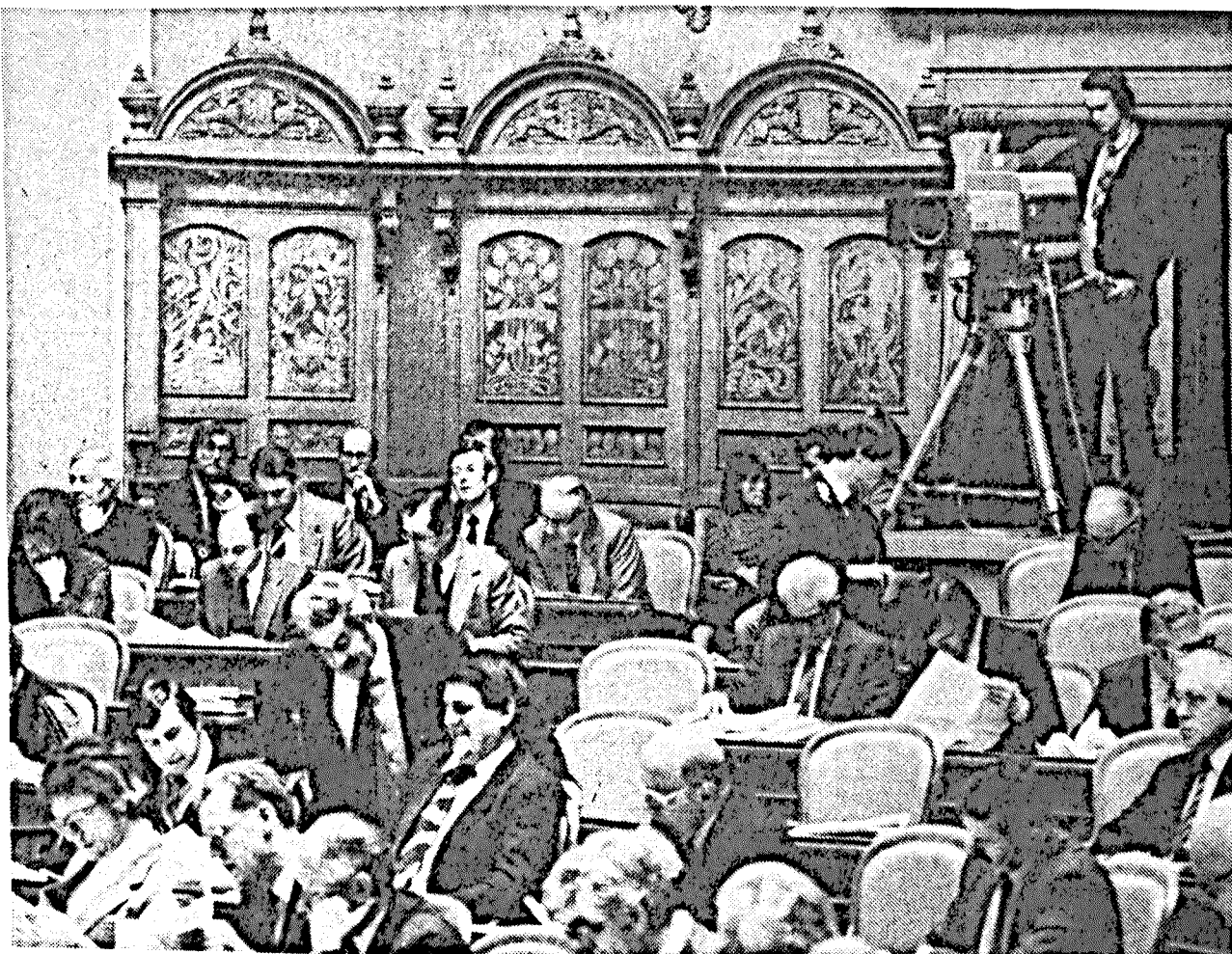
Tagungsort: Hotel Engel, Liestal

#### Freitag, 30. April

- 15.45 1. Begrüssung durch Parteipräsident Yann Richter
- 2. Beratung der «Grundsätze des modernen Liberalismus», gestützt auf die «Rigi-Thesen»  
Einleitende Orientierung durch Nationalrat Dr. Paul Wyss, Präsident der Arbeitsgruppe «Prospektivstudie»  
Aussprache, Diskussion, Beschlussfassung  
Schluss ca. 18.30  
Zimmerbezug
- 19.45 Aperitif
- 20.30 Nachtessen, Abendunterhaltung

#### Samstag, 1. Mai

- 09.00 1. Politische Lagebeurteilung durch Parteipräsident Yann Richter
- 2. Berichterstattung über die Arbeit von Partei und Fraktion  
Einleitendes Votum zum Jahresbericht von Fürsprecher H. R. Leuenberger, Generalsekretär
- 3. Diskussion  
Zur Beantwortung von Fragen stehen Bundespräsident Dr. Fritz Hondegger, Bundesrat Georges-André Chevallaz sowie Mitglieder der Geschäftsleitung und des Fraktionsvorstandes zur Verfügung.
- 10.15 Pause
- 10.30 4. Volksabstimmung vom 6. Juni: Aenderung des schweizerischen Strafgesetzbuches (Gewaltverbrechen)  
Einleitendes Podiumsgespräch unter Leitung von Michel Margot  
Teilnehmer:  
- Nationalrätin Gertrude Girard-Montet  
- Nationalrat Dr. Silvio de Capitani  
- Nationalrat Dr. Kaspar Meier  
- Rechtsanwalt Alexander Weber, Sekretär Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), Vertreter der SPS/SGB-Referendumskomitees  
- Pierre de Raemy, Präsident des «bürgerlichen Komitees gegen die StGB-Revision»  
- Fürsprecher Paul Lüthi, alt Kantonsrat, Mitglied des «überparteilichen Bürgerkomitees gegen die Revision des StGB»  
Aussprache und Beschlussfassung über die Abstimmungsempfehlung der Partei
- 12.30 ca. Schluss der Delegiertenversammlung



Auf wenig Begeisterung bei den meisten Parlamentariern stiess die Direktübertragung der Eintretensdebatte zum Umweltschutzgesetz während der Frühjahrsession im Nationalrat. Auch das Echo in der Öffentlichkeit fiel nicht begeisternd aus. (Foto ruti)

# BANK JULIUS BÄR ZÜRICH

&

## MEXICO

Bank Julius Baer & Co. Ltd.  
Paseo de la Reforma 444-801, México, D.F. 06600

MEXICO